

19. April 2010 – 19:00 Uhr Konferenz Abendprogramm, Frankfurt /Main

20. April 2010 – 9:30 bis 17:15 Uhr

7. Konferenz STEP Deutschland, Frankfurt /Main

Risiken im Handeln

Aspekte der Vermögens-, Steuer- und Nachfolgeplanung in der Praxis

Die Veranstaltung wird überwiegend auf Deutsch abgehalten.

Der inactive Morning Glory Pool Geysir im Yellowstone Nationalpark, USA
Bild: Daniel Bürgin (Edenpics.com)

Zu den Konferenzthemen zählen:

- Haftungsrisiken von Vermögensverwaltern und Anlageberatern
- Steuerrisiken im Ausland
- Risikoanalyse im Vermögensmanagement
- Risiken der persönlichen Sicherheit und des Informationsschutzes
- Familienstrategie: Risiko Unternehmerfamilie?
- Steuerrisiken im Ausland

Im Rahmen des Konferenz Abendprogramms wird Mentaltrainer Graham Rogers einen Vortrag halten.

Daneben besteht bei Sektempfang und gemeinsamen Abendessen reichhaltige Gelegenheit zum Gedankenaustausch und gegenseitigen Kennenlernen.



Teilnahmegebühr € 290

Vorabendprogramm: € 75

Sponsor

Veranstalter

Referenten und Sprecher

RA DR. PETER BALZER

ist Rechtsanwalt, Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht sowie Gründungspartner der Sozietät Balzer Kühne Lang Rechtsanwälte Partnerschaft, Bonn. Seine Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Bankvertrags-, -aufsichts- und Kapitalmarktrecht; er berät und vertritt Banken und Finanzdienstleister in aufsichts- und haftungsrechtlichen Angelegenheiten. Dr. Balzer referiert regelmäßig und ist durch eine Vielzahl von Veröffentlichungen ausgewiesen, darunter das Buch 'Vermögensverwaltung durch Kreditinstitute' (1999). Dr. Balzer ist Mitautor der Loseblatt-Sammlung 'Bankrecht und Bankpraxis' (2004), des 'Handbuchs der Informationspflichten im Bankverkehr' (2005), des 'Handbuchs zum deutschen und europäischen Bankrecht' (2009) sowie weiterer Standardwerke zum Bank- und Kapitalmarktrecht. Dr. Balzer ist zudem Lehrbeauftragter an den Universitäten Bonn und Siegen sowie der Frankfurt School of Finance & Management.

REGINA FAHLBUSCH, TEP

betreut seit mehr als 20 Jahren vermögende Privatkunden und Family Offices und ist seit 2005 mit ihrer Firma Ars Pecuniae mit eigener Beratungslizenz der BaFin als Honorarberaterin tätig. Schwerpunkte sind Wealth Planning, Vermögenscontrolling und internationales Projektmanagement. Zuvor konzentrierte sie sich auf ganzheitliche Themen bei verschiedenen Finanzdienstleistungsinstituten, u.a. der Matuschka-Gruppe in München, Private Banking in New York und als Leiterin des ganzheitlichen Teams im Private Banking der DZ-Bank Gruppe. Seit 1995 besitzt sie die US Lizenz zum Certified Financial Planner. Sie ist seit Jahren im Weltverband (Financial Planning Association) in Denver tätig und saß 2008 seinem beratenden Organ vor.

RICHARD FRIMSTON, TEP BSc ARCS CTAPS

hat am Imperial College London studiert. Er ist Anwalt (solicitor) und Notar und seit 1982 Partner der Kanzlei Russell-Cooke LLP, wo er seit 1993 den Bereich Private Client leitet. Schwerpunktmäßig berät er im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Nachlässen. Richard Frimston ist Chairman der STEP Cross-Border Estates Group und vertritt die Law Society of England & Wales bei der Union Internationale du Notariat (UIN). Er ist Mitautor der Werke Sweet & Maxwell's Private Client Business and European Cross-Border Estate Planning und des Internationalen Kapitels des Heywood & Massey, Court of Protection Practice. Er gehört den EU-Expertengruppen PRM-III/IV und III an. Er hat vor dem Rechtsausschuss des EU-Parlaments sowie dem Unterkomitee des House of Lords vorgetragen.

CHRISTINE GROTZ

ist Diplom-Wirtschaftsingenieur, MBA und Beraterin des Kirsten Baus Institut für Familienstrategie in Stuttgart. Zuvor war sie 17 Jahre in verschiedenen Führungspositionen in der Daimler AG tätig. Als Gesellschafterin eines Familienunternehmens in der 3. Generation mit 13 Gesellschaftern kennt Christine Grotz die Familienstrategie und Nachfolgeplanung von beiden Seiten. Seit 2005 gibt sie ihre Erfahrungen an Unternehmerfamilien weiter.

DR. CHRISTOPH PHILIPP, TEP

ist Rechtsanwalt und Partner bei P+P Pöllath+Partners in München. Als Anwalt ist er spezialisiert auf die rechtliche und steuerliche Beratung von privaten Großvermögen, Unternehmensnachfolge und Stiftungen. Er ist Autor zahlreicher Fachartikel und Referent im Erb-, Erbschaftsteuer- und Stiftungsrecht.

GRAHAM ROGERS

ist aus England stammender Mental-Trainer (geb. 1960), der sich durch seinen kurzweiligen Vortragsstil einen besonderen Ruf erworben hat, komplexe Themen auf das Wesentliche zu reduzieren. Er ist seit 25 Jahren im internationalen Umfeld tätig und verfügt über tiefe Einblicke in die interkulturellen Beziehungen. Seit Anfang der 80er Jahre nutzte er Mentales Training, um die Leistung seiner Mitarbeiter zu steigern. Hierdurch lassen sich Ziele schneller erreichen, ohne das Zwischenmenschliche zu vernachlässigen. Bereits 1982 hat er die erste Service-Hotline für COMPAQ aufgebaut.

CHRISTIAN SCHAAF

Christian Schaaaf ist Geschäftsführer der Corporate Trust, Business Risk & Crisis Management GmbH. Er ist Diplomverwaltungswirt (FH) und arbeitet insgesamt 19 Jahre im Polizeidienst. Unter anderem war er beim Kommissariat für Wirtschaftskriminalität, bei der Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Rauschgift (GER) sowie fünf Jahre als Verdeckter Ermittler für das Bayerische Landeskriminalamt eingesetzt. Nach seinem Wechsel in die freie Wirtschaft leitete er eine Vielzahl von Ermittlungen zur Aufdeckung von Wirtschaftskriminalität und Industriespionage bei einem Business Risk Consulting Unternehmen. Außerdem erstellte er präventive Schutzkonzepte für gefährdete Personen und wirkte beim Aufbau des Sicherheits- und Krisenmanagements für verschiedene Konzerne und mittelständische Unternehmen mit.

MICHAEL STROBEL-KAUFMANN

ist bei der Delbrück Bethmann Maffei AG Leiter des Portfolio Managements. In dieser Funktion verantwortet er seit über zehn Jahren die gesamten Anlageprozesse sowie die strategische und taktische Anlagestrategie der Vermögensverwaltung des Hauses. Nach dem Studium der Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Augsburg arbeitete er als entwicklungspolitischer Berater in Lateinamerika, bevor er bei einer deutschen Bank als Unternehmensanalyst erste Erfahrungen an den Kapitalmärkten sammelte. Danach übernahm er als Portfolio Manager die Anlagen großer Vermögen von Privatkunden und Stiftungen. Im Vordergrund seiner Arbeit stehen quantitative und verhaltenspsychologische Analysen der Kapitalmärkte und deren Einfluss auf den Anlageerfolg. Wegen seiner unorthodoxen Analysen ist er ein gefragter Experte zu Themen wie „Anlegerpsychologie“ und „Stiftungsspezifische Kapitalanlagen“.

FIONA J.P. BARONES DE VOS VAN STEENWIJK

ist Vice President des International Estate Planning Departments – Private Banking der ABN AMRO Bank (Schweiz) AG. Fiona ist Holländerin und hat die Niederlande vor acht Jahren verlassen, um als Wealth and Tax Planner für Private Clients bei ABN AMRO Bank Luxembourg zu arbeiten. Seit 2007 arbeitet sie für die Bank in Zürich. Dort begleitet und unterstützt sie Kunden vornehmlich bei grenzüberschreitenden Rechts- und Steuerfragen. Ihr Hauptinteresse gilt dabei Kunden aus Westeuropäischen Staaten, insbesondere aus den Niederlanden, Belgien, dem Vereinigten Königreich, Luxemburg und der Schweiz. Fiona hat in Leiden und Amsterdam studiert und ihren Masterabschluss im Internationalen Steuerrecht und Notarrecht gemacht. Darüber hinaus hat sie in Paris und den USA studiert. Nach dem Studium arbeitete sie zunächst drei Jahre als Unternehmenssteuerberaterin im Department für Internationale Steuern der Steuerberatungsgesellschaft Loyens Loeff in Amsterdam.

STEP Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: c/o Delbrück Bethmann Maffei, Promenadeplatz 9, 80333 München, Tel: 089-23699-216, Fax: 089-23699-219, manuela.mckensie@debema.de

– Vereinsregister München VR 200617 – als gemeinnützig anerkannt gem. Bescheid des Finanzamts für Körperschaften München vom 23.9.2009

Vorstand: Dr. Daniel Lehmann und Manuela McKensie (stellv.)

Deutsche Bank AG, Mannheim – Konto Nr. 0339 333 – BLZ 670 700 10 – IBAN DE87 6707 0010 0033 9333 00 – BIC/SWIFT: DEUTDE33XXX

Programm

19. April 2010 ab 19:00 Uhr: Konferenz Abendprogramm – Cantina Divino, Zimmerweg 8, 60325 Frankfurt

- Sektempfang, gemeinsames Abendessen und Vortrag von Graham Rogers

20. April 2010: 7. Konferenz STEP Deutschland, 9:30 bis ca. 17:15 Uhr

Risiken im Handeln – Aspekte der Vermögens-, Steuer- und Nachfolgeplanung in der Praxis

- **Delbrück Bethmann Maffei AG, Bethmannstraße 7-9, 60311 Frankfurt /Main**
- Moderation durch Regina Fahlbusch, TEP, und Dr. Christoph Philipp, TEP
- Anschließend Mitgliederversammlung von STEP Deutschland e.V.

Ab 08:45 Uhr	Eintreffen der Teilnehmer, Registrierung & Snack-Buffer	13:00 Uhr	Mittagspause	
09:30 Uhr	Grußworte des Präsidenten von STEP Deutschland <i>RA Dr. Daniel Lehmann, TEP</i>	14:00 Uhr	Das Risiko vermögend zu sein <i>Christian Schaaf</i> <ul style="list-style-type: none"> ■ Das Bedrohungsspektrum für Vermögende und Family Offices ■ Die Risiken unserer vernetzten Kommunikation ■ Wichtige Grundsätze der Prävention ■ Der Maßnahmenplan für ganzheitliche Sicherheit 	
09:40 Uhr	Haftungsrisiken von Vermögensverwaltern und Anlageberatern <i>RA Dr. Peter Balzer</i> <ul style="list-style-type: none"> ■ Aufsichtsrechtliche Anforderungen für Anlageberater und Vermögensverwalter ■ Verhaltenspflichten gegenüber dem Kunden ■ Umgang mit Zuwendungen und Retrozessionen ■ Protokollierungspflichten des Anlageberaters ■ Verschärfung des regulatorischen Umfelds? 	anschließend Diskussion	14:55 Uhr	Kaffeepause
10:20 Uhr	Risikowahrnehmung - ein zeitvariables Phänomen <i>Michael Strobel-Kaufmann</i> <ul style="list-style-type: none"> ■ Definition Risiko ■ Risiken an den Kapitalmärkten ■ Entscheidungstheorie ■ Anlegerverhalten aus psychologischer Perspektive ■ Gute Gründe für unterdurchschnittlichen Anlegererfolg 	anschließend Diskussion	15:30 Uhr	The U.K. capital tax treatment of German structures: Nießbrauch and Leibrente <i>Richard Frimston, TEP</i> <ul style="list-style-type: none"> ■ Overview of UK capital taxes: Inheritance tax, Pre Owned Asset Tax and Capital Gains Tax ■ Connecting factors: Residence and Domicile ■ Taxation of Trusts and Trust like structures
11:15 Uhr	Kaffeepause	16:10 Uhr	Wealth Structuring in an International Context <i>Fiona J.P. Barones de Vos van Steenwijk</i> <ul style="list-style-type: none"> ■ International views on OECD Standards ■ International (financial) solutions for German residents ■ Is relocation the answer? 	
11:45 Uhr	Risikoanalyse im Vermögensmanagement <i>N.N.</i> <ul style="list-style-type: none"> ■ Strategische Aspekte und Entscheidungsprozesse ■ Umgang mit schwarzen Schwänen - Risikobegrenzung ■ Einfluss der Vermögensträger 	17:05 Uhr	Schlusswort	
12:05 Uhr	Risiko Unternehmerfamilie – Standfeste Nachfolgeplanung durch Familienstrategie <i>Christine Grotz</i> <ul style="list-style-type: none"> ■ Falsch aufgestellt: Kardinalfehler bei der Beteiligungs- und Führungsnachfolge ■ Ziele und Verfahren der Familienstrategie ■ Die Entscheidungsfähigkeit der Familie im Blick: Family Governance ■ Zeitplan Nachfolge 	17:15 Uhr	Ende der Konferenz	
anschließend Diskussion		anschließend	Mitgliederversammlung von STEP Deutschland e.V.	

STEP Deutschland e.V.

Die Society of Trust and Estate Practitioners (STEP) ist ein internationales Netzwerk von Praktikern, die im Bereich der Nachlassplanung und -abwicklung, der Vermögensanlage, des Trust- und Stiftungsrechts sowie den hiermit verbundenen Steuerfragen tätig sind.

STEP ist in mehr als 60 Staaten vertreten hat weltweit über 14.500 Mitglieder aus den rechts- und steuerberatenden Berufen, der Wirtschaftsprüfung, aus Banken, Versicherungen, Corporate Trusts und verwandten Berufen. Durch die Einschaltung eines STEP Mitglieds erhalten Kunden und Mandanten qualitativ hochwertige Beratung über alle Aspekte der Steuer-, Nachlass- und Vermögensplanung durch einen qualifizierten und erfahrenen Praktiker. Die Beratung umfasst insbesondere Testamentgestaltung und -vollstreckung, Nachfolge- und Vermögensplanung und -verwaltung sowie Trust- und Stiftungslösungen für vermögende Privatpersonen und Unternehmer.

In Deutschland wurde STEP im Jahr 2006 gegründet und ist als gemeinnütziger Verein organisiert. Dem Vorstand gehören an:

Dr. Daniel Lehmann (Präsident)

RP RICHTER + PARTNER, Nymphenburger Str. 3b, 80335 München,
Tel: 089-55066-295, Fax: 089-55066-120, E-Mail: daniel.lehmann@rp-richter.de

Manuela McKensie (geschäftsführende Generalsekretärin)

Delbrück Bethmann Maffei, Promenadeplatz 9, 80333 München,
Tel: 089-23699-216, Fax: 089-23699-219, E-Mail: manuela.mckensie@debema.de

Claudia Weissflog (Kassiererin)

Deloitte & Touche GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Q 5, 22, 68161 Mannheim,
Tel: 0621-15901-38, Fax: 0621-15901-99, E-Mail: cweissflog@deloitte.de

STEP Deutschland e.V.

 1

7. Konferenz STEP Deutschland e.V.

Risiko im Handeln

Aspekte der Vermögens-, Steuer- und Nachfolgeplanung in der Praxis

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and Estate Practitioners 

 2

Ganzheitliches Denken –
Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

Graham P. Rogers

TH!NK TALL Mental Training
www.thinktall.de

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

TH!NK TALL

STEP
Society of Trust and Estate Practitioners 

STEP Deutschland e.V.





Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

Linke Gehirnhälfte

Rechte Körperseite

Mathematik

Verbale Äußerungen

Logik

Fakten

Deduktionen

Analysen

Praktische Ordnung

Liedtexte

Geradliniges Denken

Detailwahrnehmung



Rechte Gehirnhälfte

Linke Körperseite

Kreativität

Künstlerische Anlagen

Visuelle Wahrnehmungen

Intuition & Ideen

Vorstellungsvermögen

Holistisches Denken

Liedmelodien

Wahrnehmung des "Großen Ganzen"

Räumliche Wahrnehmung

Bearbeitung mehrerer Vorgänge gleichzeitig



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and Estate Practitioners





Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

4

- Wie machen wir Entscheidungen?
 - Heuristik
 - Herdentrieb
 - Kollektive Selbstverstärkung
 - Geld Illusion



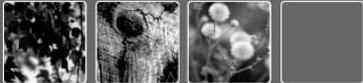
Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL



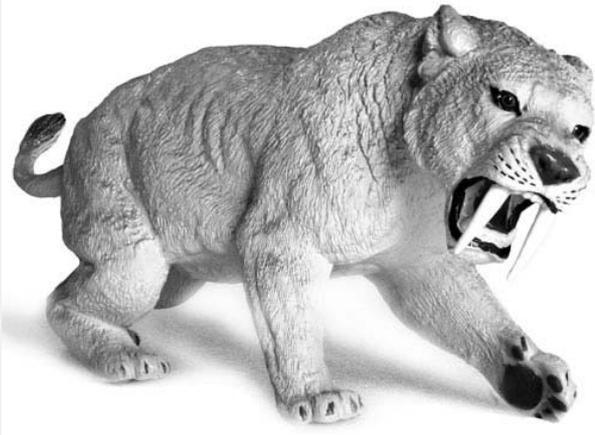
STEP
Society of Trust and Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

5





Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL

STEP
Society of Trust and Estate Practitioners





Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

6

- Wie machen wir Entscheidungen?
 - Heuristik
 - Säbelzahn Tiger
 - Ohne für und wieder
 - Mit begrenzten Information
 - Bauchgefühl



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL

STEP
Society of Trust and Estate Practitioners



STEP Deutschland e.V.



In response to an innovation from the competition

58% of Companies either:

- Did Nothing
- Obvious response (did the same)
- Decided for thier „gut feeling“

Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners



Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

8



**WER MIT DER HERDE GEHT,
KANN NUR DEN ÄRSCHEN FOLGEN**

Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

9

- Wie machen wir Entscheidungen?
 - Herdentrieb
 - „alle es tun“
 - „es wird schon gut gehen“
 - Welche Vorteil?
 - Evolution Herde = Schutz
 - von anderen Lernen
 - Auch im Unternehmen kann Verhalten auf verzerrten Wahrnehmung basiert sein
 - Blasen nichts neues:
 - Südseeblase 1720 „UK bubble act“
 - DOTCOM-Blase 1995-2000



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners



Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

10



Aus der Reihe Innovation im Tierreich: Die Lemminge.



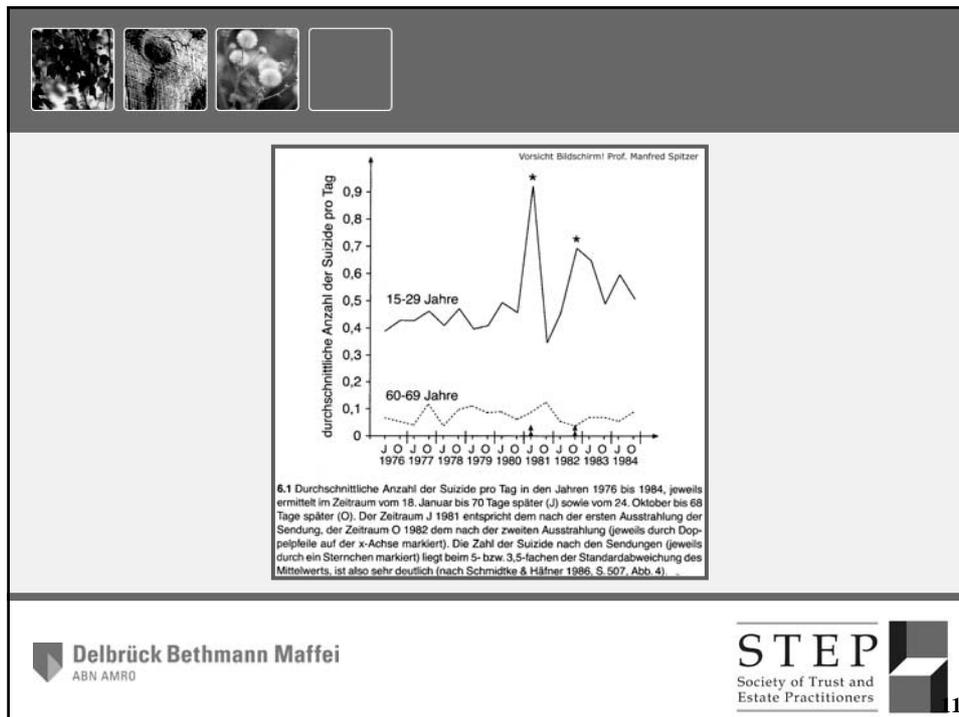
Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

12

- Wie machen wir Entscheidungen?
 - Kollektive Selbstverstärkung
 - Shifting Baselines
 - Orientierung
 - Schleichend verschoben
 - „informativen sozialen Einfluss“
 - sich auf einander verlassen um Realität zu definieren
 - Normal sein
 - Desto Stürmische desto Normaler
 - Direkten sozialen Bezugsgruppen
 - Bestätigungs-Neigung

Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: c/o Delbrück Bethmann Maffei, Promenadeplatz 9, 80333 München, Tel: 089-23699-216, Fax: 089-23699-219, manuela.mckensie@debema.de
– Vereinsregister München VR 200617 – als gemeinnützig anerkannt gem. Bescheid des Finanzamts für Körperschaften München vom 22.11.06

Vorstand: Dr. Daniel Lehmann und Manuela McKensie (stellv.)

Deutsche Bank AG, Mannheim – Konto Nr. 0339 333 – BLZ 670 700 10 – IBAN DE87 6707 0010 0033 9333 00 – BIC/SWIFT: DEUTDESMXXX

Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

13



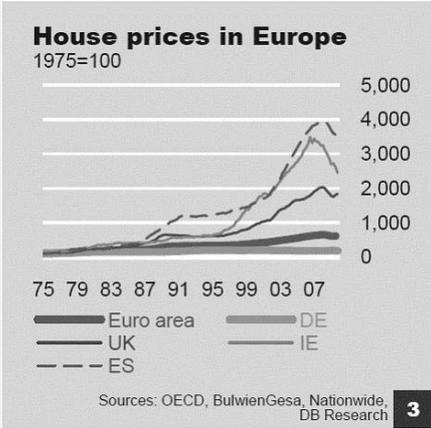
Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

14



House prices in Europe
1975=100

5,000
4,000
3,000
2,000
1,000
0

75 79 83 87 91 95 99 03 07

— Euro area — DE
- - - UK - - - IE
· · · ES

Sources: OECD, BulwienGesa, Nationwide, DB Research

3

Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

15

- Wie machen wir Entscheidungen?
 - Geld Illusion
 - Automatisch im Ventromedialen Präfrontalen Cortex (VMPFC)
 - Risiko, Angst, Habgier und Entscheidungen
 - Beispiel - Inflation Ignorieren
 - Housing Crisis – UK, Spanien , USA



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL

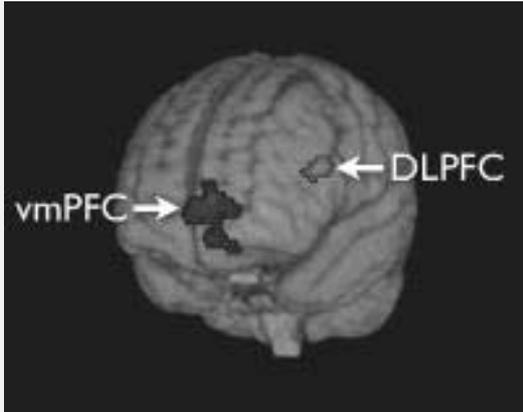


STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners



Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

16





Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

17



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners



Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

18

Was kann ich tun?

- Üben Üben Üben
- Sorgen Sie dafür das Sie Fit sind:
 - Geistig
 - Seelisch
 - und Körperlich
- Bewusst halten welche Mechanismen Wirken
- Dankbar sein – steigert:
 - Kreativität
 - Gesundheit
 - Elan



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: c/o Delbrück Bethmann Maffei, Promenadeplatz 9, 80333 München, Tel: 089-23699-216, Fax: 089-23699-219, manuela.mckensie@debema.de
 – Vereinsregister München VR 200617 – als gemeinnützig anerkannt gem. Bescheid des Finanzamts für Körperschaften München vom 22.11.06
 Vorstand: Dr. Daniel Lehmann und Manuela McKensie (stell.)

Deutsche Bank AG, Mannheim – Konto Nr. 0339 333 – BLZ 670 700 10 – IBAN DE87 6707 0010 0033 9333 00 – BIC/SWIFT: DEUTDE33XXX



Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

19

- Mehr unter:

Die 360° Persönlichkeit - Schluss mit den Extremen!

Eine Brennnessel fest anpacken können

http://www.thinktall.de/userfiles/file/360_Grad_Persoenlichkeit_TT_11_2009.pdf



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

THINKTALL

STEP
Society of Trust and Estate Practitioners





20

Ganzheitliches Denken –
Ist die Entscheidung der Mehrheit die Richtige?

Graham P. Rogers

THINKTALL
Mental Training
g.rogers@thinktall.com
Tel: +49 (69) 63307107
Cell: +49 (171) 1421019
www.thinktall.de



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and Estate Practitioners



STEP Deutschland e.V.



7. Konferenz STEP Deutschland e.V.

Risiko im Handeln

Aspekte der Vermögens-, Steuer- und
Nachfolgeplanung in der Praxis

1

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners 



Haftungsrisiken von Vermögensverwaltern
und Anlageberatern

Dr. Peter Balzer
Balzer Kühne Lang Rechtsanwälte

2

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners 

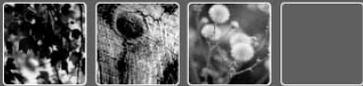
STEP Deutschland e.V.


Übersicht

- Aufsichtsrechtliche Anforderungen für Anlageberater und Vermögensverwalter
- Verhaltenspflichten gegenüber dem Kunden
- Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen
- Protokollierungspflichten bei der Anlageberatung
- Ausblick: Verschärfung des regulatorischen Umfelds?

3





Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (1)

- Mit Umsetzung der MiFID zum 1.11.2007 sind neue Erlaubnistatbestände für Finanzdienstleister eingeführt worden
 - während die Vermögensverwaltung sowie die Anlage- und Abschlussvermittlung in Finanzinstrumenten schon vorher erlaubnispflichtig waren, besteht seit dem 1.11.2007 auch eine Erlaubnispflicht für die Anlageberatung in Finanzinstrumenten
 - eine bloße Erlaubnis nach § 34c GewO genügt hier nicht (mehr)
 - Problem: vielen Finanzdienstleistern sind die Neuregelungen unbekannt, sie haben ihre Geschäftsmodelle nicht an das neue Aufsichtskonzept angepasst

4




STEP Deutschland e.V.


Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (2)

- Erlaubnispflichtige Finanzdienstleistungen
 - Vermögensverwaltung
 - Verwaltung einzelner in Finanzinstrumenten angelegter Vermögen für andere mit Entscheidungsspielraum (Finanzportfolioverwaltung, § 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 3 KWG bzw. § 2 Abs. 3 S. 1 Nr. 7 WpHG)
 - Ausnutzen einer vom Kunden erteilten Transaktionsvollmacht kann bereits Vermögensverwaltung sein!
 - wichtig ist, dass sich die Transaktionsvollmacht nur auf die Übermittlung vom Kunden bereits erteilter Aufträge z.B. an die Depotbank bezieht, nicht aber auf eigenständige Dispositionen anstelle des Kunden
 - auch eine Transaktionsvollmacht, die sich nur auf den Erwerb oder Tausch von Fondsanteilen im Rahmen der Vermögensverwaltung bezieht, begründet bereits eine Erlaubnispflicht!

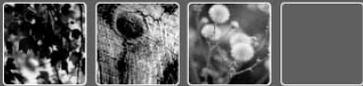
5



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners


Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (3)

- (Erlaubnispflichtige Finanzdienstleistungen)
 - Anlagevermittlung
 - Vermittlung von Geschäften über die Anschaffung und Veräußerung von Finanzinstrumenten (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1 KWG bzw. § 2 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 WpHG)
 - hierunter fällt z.B. die Übermittlung von Kundenaufträgen an Depotbanken
 - wichtig: eine Anlagevermittlung liegt nur dann vor, wenn die Anlageentscheidung durch den Kunden selbst getroffen wird, bei einem Handeln als Stellvertreter für den Kunden liegt ggf. eine (ebenfalls erlaubnispflichtige) Vermögensverwaltung vor

6



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.


Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (4)

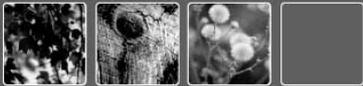
- (Erlaubnispflichtige Finanzdienstleistungen)
 - Anlageberatung
 - Abgabe von persönlichen Empfehlungen an Kunden oder deren Beauftragte, die sich auf Geschäfte mit bestimmten Finanzinstrumenten beziehen, sofern die Empfehlung auf eine Prüfung der persönlichen Umstände des Anlegers gestützt oder als für ihn geeignet dargestellt wird und nicht ausschließlich über Informationsverbreitungskanäle oder für die Öffentlichkeit bekannt gegeben wird (§ 1 Abs. 1a S. 2 Nr. 1a KWG bzw. § 2 Abs. 3 S. 1 Nr. 9 WpHG)

7


Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners


Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (5)

- (Erlaubnispflichtige Finanzdienstleistungen)
 - (Anlageberatung)
 - keine erlaubnispflichtige Anlageberatung liegt vor bei bloßen Vermögensstrukturempfehlungen (z.B. Hinweis, dass ein Aktienanteil von 20 % angemessen ist)
 - Grund: es fehlt der Bezug zu einem bestimmten Finanzinstrument
 - nach Ansicht der BaFin ist auch die Aussage, der Kunde möge alle Aktien verkaufen und z.B. in Fonds umsichten, bereits eine erlaubnispflichtige Anlageberatung
 - dies gilt nicht, sofern dem Kunden nur empfohlen wird, 50 % seiner Aktien zu verkaufen, da der Kunde hier nicht konkret weiß, auf welche Papiere sich diese Aussage erstreckt

8


Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

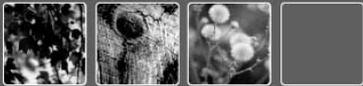
STEP Deutschland e.V.


Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (6)

- **Ausnahmen von der Zulassungspflicht**
 - wer ausschließlich die Anlageberatung und die Anlagevermittlung bezüglich Investmentfonds betreibt, ist nach § 2 Abs. 6 S. 1 Nr. 8 KWG kein Finanzdienstleistungsinstitut (obwohl Anteile an Fonds Finanzinstrumente sind) und nach § 2a Abs. 1 Nr. 7 WpHG kein Wertpapierdienstleistungsunternehmen
 - Anlageberatung z.B. in Einzelwerten und Zertifikaten begründet Zulassungspflicht!
 - Ausnahmeregelung gilt nicht für die Vermögensverwaltung in Investmentfonds!

9





Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (7)

- **(Ausnahmen von der Zulassungspflicht)**
 - vertraglich gebundene Vermittler, die nur die Anlage- oder Abschlussvermittlung bzw. die Anlageberatung betreiben, gelten nicht als Finanzdienstleistungsinstitute bzw. Wertpapierdienstleistungsunternehmen (§ 2 Abs. 10 KWG bzw. § 2a Abs. 2 WpHG)
 - Tätigkeit wird dem haftenden Unternehmen (Haftungsdach) zugerechnet, für das der gebundene Vermittler (als Erfüllungsgehilfe oder Stellvertreter) auftritt
 - im Innenverhältnis bestehen regelmäßig Regressansprüche des Haftungsdaches gegen den vertraglich gebundenen Vermittler!

10



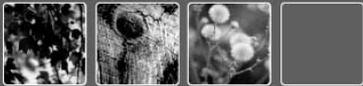

STEP Deutschland e.V.


Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (8)

- (Ausnahmen von der Zulassungspflicht)
 - Angehörige freier Berufe, die die Anlageberatung (sowie die Anlagevermittlung und die Vermögensverwaltung) nur gelegentlich im Rahmen eines Mandatsverhältnisses als Freiberufler erbringen (§ 2 Abs. 6 S. 1 Nr. 10 KWG)
 - eine gewerbsmäßige Erbringung ist demgegenüber unzulässig!
 - erforderlich ist weiterhin, dass sie einer öffentlich-rechtlichen Berufskammer angehören, deren Berufsrecht die Erbringung von Finanzdienstleistungen nicht ausschließt

11





Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (9)

- (Ausnahmen von der Zulassungspflicht)
 - Unternehmen, die als Finanzdienstleistung ausschließlich die Anlageberatung im Rahmen einer anderen beruflichen Tätigkeit erbringen, ohne sich die Anlageberatung gesondert vergüten zu lassen (§ 2 Abs. 6 S. 1 Nr. 15 KWG)
 - eindeutig ist, dass die andere berufliche Tätigkeit jedenfalls nicht in der Erbringung weiterer Finanzdienstleistungen bestehen darf (möglich z.B. bei Family Offices)
 - sofern z.B. im Rahmen eines entgeltlichen Financial Planning auch eine Anlageberatung erbracht wird, sollte eine Trennung zwischen beiden Dienstleistungen erfolgen, um die Aufsichtspflicht zu vermeiden

12




STEP Deutschland e.V.


Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (10)

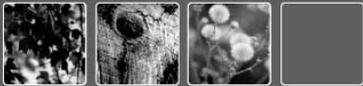
- **Rechtsfolgen bei unerlaubtem Betreiben von Finanzdienstleistungen**
 - Verstöße gegen aufsichtsrechtliche Vorgaben wie die Erlaubnispflicht lösen zunächst Sanktionen der BaFin aus (z.B. Untersagungsverfügung)
 - unerlaubtes Betreiben von Finanzdienstleistungen ist Straftat nach § 54 Abs. 1 KWG (Freiheitsstrafe bis zu 3 Jahre oder Geldstrafe)
 - daneben bestehen auch zivilrechtliche Haftungsfolgen
 - Erlaubnisvorbehalt nach § 32 Abs. 1 KWG ist Schutzgesetz i.S. von § 823 Abs. 2 BGB zugunsten des einzelnen Kapitalanlegers (BGH v. 21.4.2005 – III ZR 238/03)

13


Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners


Aufsichtsrechtliche Anforderungen
für Anlageberater und
Vermögensverwalter (11)

- **Aktuelle Rechtsprechung zu den zivilrechtlichen Haftungsfolgen bei fehlender Zulassung**
 - OLG München v. 17.12.2008 – 20 U 3508/08; OLG Dresden v. 20.6.2007 – 8 U 328/07
 - Schadensersatzanspruch des Kunden auf Rückabwicklung des gesamten Vermögensverwaltungsvertrages
 - im Rahmen der Kausalitätsvermutung wird unterstellt, dass der Kunde den Vertrag bei Kenntnis von der fehlenden Erlaubnis nicht abgeschlossen hätte und daher Verluste nicht eintreten wären
 - Zuständigkeit der deutschen Gerichte auch bei abweichender Gerichtsstands- bzw. Rechtswahlklausel!

14


Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.

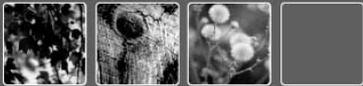


Verhaltenspflichten gegenüber dem Kunden (1)

- Für Vermögensverwalter und Anlageberater bestehen weit reichende aufsichts- und zivilrechtliche Pflichten
 - zum einen sind von Finanzdienstleistern die §§ 31 ff. WpHG zu beachten
 - diese enthalten aber nur aufsichtsrechtliche Verpflichtungen, deren Einhaltung von der BaFin überwacht wird
 - eine unmittelbar zivilrechtliche Bedeutung kommt den Verhaltenspflichten des WpHG indes nicht zu (vgl. auch BGH v. 19.2.2008 - XI ZR 170/07)
 - in der Praxis auf Grund der möglichen Haftungsfolgen bedeutsamer sind die von der Rechtsprechung aufgestellten zivilrechtlichen Pflichten

15



Verhaltenspflichten gegenüber dem Kunden (2)

- Wesentliche Vertragspflichten des Vermögensverwalters
 - Bindung an die mit dem Kunden vereinbarten Anlagerichtlinien (BGH v. 28.10.1997 - XI ZR 260/96); Abweichungsbefugnis nur in Ausnahmefällen
 - Problem: inhaltliche Konkretisierung allgemeiner Anlagerichtlinien (z.B. konservative Anlagepolitik)
 - keine Pflicht des Verwalters, interne Berichte und Entscheidungsbefugnisse offen zu legen und die Auswahl der Anlagewerte zu begründen (BGH v. 23.10.2007 - XI ZR 423/06)
 - Benachrichtigungspflicht (BGH v. 29.3.1994 - XI ZR 31/93): unverzügliche Unterrichtung des Kunden bei Eintritt erheblicher Verluste

16




STEP Deutschland e.V.

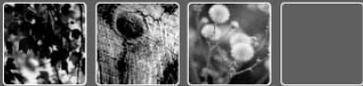


Verhaltenspflichten gegenüber dem Kunden (3)

- **Wesentliche Vertragspflichten des Anlageberaters**
 - anleger- und objektgerechte Beratung des Kunden, die sich auf alle entscheidungserheblichen Aspekte der Anlage bezieht
 - was entscheidungserheblich ist, bestimmt sich nach den Umständen des Einzelfalles, insbesondere der Schutzbedürftigkeit des Kunden
 - es besteht im Rahmen der Anlageberatung keine Nachbetreuungspflicht über den Zeitpunkt der Anlageentscheidung hinaus, es kann aber bei konkreten Nachfragen des Kunden ein weiterer Beratungsvertrag (mit möglichen neuen Haftungsfolgen) zustande kommen
 - anders ist die Rechtslage, wenn zwischen den Parteien ein (ggf. entgeltliches) Betreuungsmandat als Dauerschuldverhältnis besteht

17



Verhaltenspflichten gegenüber dem Kunden (4)

- **Schadensfall „Lehman Brothers“**
 - bei Beratung über Anlage in Zertifikaten besteht keine generelle Pflicht zur Aufklärung über die Möglichkeit eines Totalverlusts
 - Hinweis muss aber gegeben werden, je realer die Wahrscheinlichkeit eines tatsächlich eintretenden Totalverlusts ist (LG Frankfurt v. 28.11.2008 – 2-10 O 62/08: im Dezember 2006 eher fernliegend)
 - Kunde muss darüber informiert werden, dass das empfohlene Zertifikat nicht vom Einlagensicherungssystem gedeckt ist (LG Hamburg v. 10.7.2009 – 329 O 44/09)
 - gilt jedenfalls dann, wenn der Kunde von einem insolvenzgesicherten Fonds in eine ungesicherte Anlage wechselt

18




STEP Deutschland e.V.

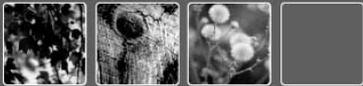


Verhaltenspflichten gegenüber dem Kunden (5)

- **Pflicht des Beraters zur Auswertung negativer Berichte in der Wirtschaftspresse**
 - bei einer privaten Anleihe muss der Kunde über zeitnahe und gehäufte negative Berichte in der Börsenzeitung, der Financial Times Deutschland, dem Handelsblatt und der FAZ unterrichtet werden (BGH v. 5.3.2009 – III ZR 302/07)
 - nicht hingewiesen werden muss auf Berichte in der Wirtschaftswoche, insbesondere auch dann, wenn diese keine zusätzlichen Sachinformationen enthalten, die z.B. über die Prospektangaben hinausgehen, die der Kunde ohnehin erhalten hat

19



Verhaltenspflichten gegenüber dem Kunden (6)

- **(Pflicht des Beraters zur Auswertung negativer Berichte in der Wirtschaftspresse)**
 - sofern es nicht um Renditeaussichten und Risiken der Anlage geht, sondern um die Untersagung des Vertriebs durch die BaFin, sind keine gehäuften negativen Berichte erforderlich, um eine Informationspflicht gegenüber dem Kunden zu begründen
 - es genügt in diesen Fällen bereits, wenn die entsprechende Meldung nur im Handelsblatt enthalten ist, da die Auswertung dieses Mediums für den Berater unverzichtbar ist (BGH v. 5.11.2009 – III ZR 302/08)
 - Auswertung muss innerhalb von 3 Tagen erfolgen!

20



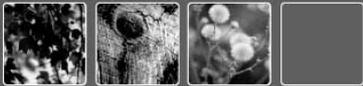

STEP Deutschland e.V.


Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (1)

- Die Diskussion um die Offenlegung von Vertriebsvergütungen wird vielfach allein vor dem Hintergrund des am 1.11.2007 eingeführten § 31d WpHG geführt
 - Ansatz ist ungenau, da für die zivilrechtliche Frage der Haftung bei unterlassener Offenlegung von Vertriebsvergütungen § 31d WpHG, der nur den aufsichtsrechtlichen Rahmen vorgibt, keine Rolle spielt
 - § 31d WpHG erfasst nur Wertpapierdienstleistungsunternehmen
 - Begriff der Zuwendungen in § 31d WpHG ist nicht identisch mit offenlegungspflichtigen Rückvergütungen in der Rechtsprechung

21





Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (2)

- Maßgeblich für die zivil- bzw. haftungsrechtliche Beurteilung des Themas Vertriebsvergütungen sind nur die von der Rechtsprechung aufgestellten Grundsätze
 - abzustellen ist darauf, ob der Finanzdienstleister als Berater oder lediglich als Vermittler aufgetreten ist
 - Offenlegungspflichten setzen im Regelfall das Vorliegen eines Beratungsvertrages mit dem Kunden voraus
 - bei bloßen Vermittlungssituationen kommt eine Offenlegungspflicht nur dann in Betracht, wenn die Vertriebsvergütungen geeignet sind, die Werthaltigkeit der Anlage negativ zu beeinflussen
 - dies ist der Fall, wenn die Vertriebsprovision mehr als 15 % der Beteiligungssumme beträgt

22



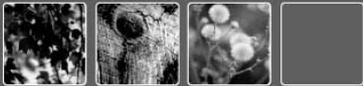

STEP Deutschland e.V.


Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (3)

- Ausgangspunkt: BGH (v. 19.12.2000 – XI ZR 349/99 – „Kick Back I“)
 - Provisionsbeteiligungsvereinbarung zwischen der Bank und dem externen Vermögensverwalter des Kunden
 - eigene Offenlegungspflicht der (Depot-)Bank als Nebenpflicht aus dem Depotbankvertrag
 - daneben ist auch der Vermögensverwalter zur Offenlegung verpflichtet, Kunde klagte aber nur gegen die Bank
 - Kunde hat gegen die (Depot-)Bank einen Anspruch auf Ausgleich aller Schäden, die durch den Abschluss des Vermögensverwaltungsvertrages entstanden sind

23





Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (4)

- BGH (v. 19.12.2006 – XI ZR 56/05 – „Kick Back II“)
 - im Rahmen eines Beratungsvertrages ist die Bank bei der Empfehlung von Aktienfonds verpflichtet, den Kunden über Rückvergütungen aus den Ausgabeaufschlägen und den jährlichen Verwaltungsvergütungen aufzuklären
 - erforderlich ist ein Hinweis auf die konkrete Höhe der Rückvergütungen, damit der Kunde erkennen kann, ob die Empfehlung ggf. nur deshalb erfolgt, weil die Bank die Vereinnahmung möglichst hoher Vertriebsvergütungen beabsichtigt
 - Ziel der Offenlegungspflicht: Aufdeckung eines möglichen Interessenkonflikts zwischen Bank und Kunde

24




STEP Deutschland e.V.


Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (5)

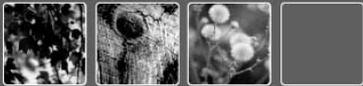
- BGH (v. 20.1.2009 – XI ZR 510/07 – „Kick Back III“)
 - die zu Investmentfonds aufgestellten Grundsätze der Offenlegung von Rückvergütungen gelten auch beim Vertrieb von Medienfonds
 - Abgrenzung zu den Offenlegungspflichten nach § 31d WpHG, die für geschlossene Beteiligungen nicht gelten, da es sich nicht um Finanzinstrumente handelt
 - Kunde muss vor der Anlageentscheidung darüber aufgeklärt werden, welchen Anteil die Bank vom Agio erhält
 - auch hier ist es erforderlich, die konkrete Höhe mitzuteilen, die die Bank erhält, die bloße Angabe einer Bandbreite reicht nicht aus

25


Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and Estate Practitioners


Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (6)

- BGH (v. 12.5.2009 – XI ZR 586/07 – „Kick Back IV“)
 - bei Verletzung der Pflicht zur Aufklärung über Rückvergütungen trägt die Bank die Darlegungs- und Beweislast dafür, dass sie nicht vorsätzlich gehandelt hat
 - Hintergrund: § 37a WpHG a.F. regelte eine taggenaue 3-jährige Verjährung von Ansprüchen wegen fehlerhafter Aufklärung oder Beratung, galt aber nur dann, wenn kein vorsätzliches Handeln vorlag
 - bei Vorsatz gilt stets die 3-jährige (kenntnisabhängige) Regelverjährung nach §§ 195, 199 BGB
 - Vermutung aufklärungsrichtigen Verhaltens gilt auch im Fall unterlassener Aufklärung über Rückvergütungen

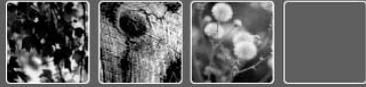
26


Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and Estate Practitioners

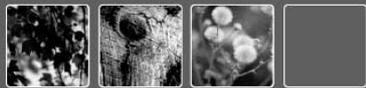
STEP Deutschland e.V.



Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (7)

- BGH (v. 27.10.2009 – XI ZR 338/08 – „Kick Back V“)
 - Differenzierung zwischen Innenprovisionen (Beträge für Eigen- und Fremdkapitalbeschaffung, Platzierungsgarantie) und offenkundigen Rückvergütungen (Teile der Ausgabeaufschläge oder Verwaltungsgebühren, die der Kunde über die Bank an die Gesellschaft zahlt und die an die beratende Bank umsatzabhängig zurückfließen)
 - bei den Innenprovisionen genügt es, wenn sie nach Inhalt und Höhe korrekt im Prospekt angegeben sind und der Prospekt dem Anleger rechtzeitig vor der Anlageentscheidung übergeben wurde (vgl. bereits BGH v. 25.9.2007 – XI ZR 320/06)

27



Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (8)

- Erstreckung der BGH-Rechtsprechung zur Offenlegung von Rückvergütungen auf freie Finanzdienstleister?
 - OLG Celle (v. 11.6.2009 – 11 U 140/08): die Grundsätze des BGH sind nicht auf Beratungsverträge mit „allgemeinen Anlageberatern“ übertragbar (im konkreten Fall: Berater des AWD)
 - Problem: wann ist von einem „allgemeinen Anlageberater“ auszugehen?
 - wie sind z.B. selbstständige Handelsvertreter, die als vertraglich gebundene Vermittler bei Banken angebunden sind, rechtlich einzustufen?

28

STEP Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: c/o Delbrück Bethmann Maffei, Promenadeplatz 9, 80333 München, Tel: 089-23699-216, Fax: 089-23699-219, manuela.mckensie@debema.de – Vereinsregister München VR 200617 – als gemeinnützig anerkannt gem. Bescheid des Finanzamts für Körperschaften München vom 22.11.06

Vorstand: Dr. Daniel Lehmann und Manuela McKensie (stellv.)

Deutsche Bank AG, Mannheim – Konto Nr. 0339 333 – BLZ 670 700 10 – IBAN DE87 6707 0010 0033 9333 00 – BIC/SWIFT: DEUTDESMXXX

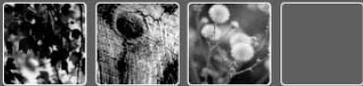


Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (9)

- (Erstreckung der BGH-Rechtsprechung zur Offenlegung von Rückvergütungen auf freie Finanzdienstleister?)
 - ist eine Differenzierung zwischen Bankberatern und sonstigen Beratern in der Sache gerechtfertigt?
 - die Gefahr eines Interessenkonflikts besteht auch bei freien Beratern, hier ist der Konflikt im Regelfall noch größer als bei angestellten Bankmitarbeitern, die zumindest ein Festgehalt beziehen
 - Argument gegen eine Offenlegungspflicht: bei freien Finanzdienstleistern weiß der Kunde, dass dieser sich ausschließlich aus Provisionen finanziert

29



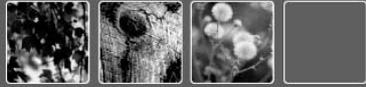
Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (10)

- (Erstreckung der BGH-Rechtsprechung zur Offenlegung von Rückvergütungen auf freie Finanzdienstleister?)
 - Ausblendung der freien Finanzdienstleister aus dem Anwendungsbereich der BGH-Rechtsprechung führt dazu, dass es Beratungsverträge 1. und 2. Klasse gibt
 - bei gleichen Produkten bestehen dann letztlich unterschiedliche Pflichten in Abhängigkeit von der Person, die die Beratung vornimmt
 - bei freien Finanzdienstleistern greifen auch die Protokollpflichten nach § 34 Abs. 2a WpHG nicht ein
 - Beweinsnachteil für den Kunden!

30



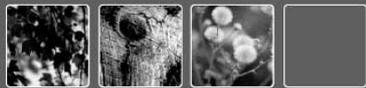

STEP Deutschland e.V.



Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (11)

- Gleichsetzung von Rückvergütungen und Gewinnmargen
 - keine höchstrichterliche Rechtsprechung, bislang nur Entscheidungen der Instanzgerichte
 - LG Hamburg (v. 23.6.2009 – 310 O 4/09): Aufklärung des Kunden über Gewinnmarge ist erforderlich
 - a.A. LG Chemnitz (v. 23.6.2009 – 7 O 359/09): über Handelsspannen muss nur dann aufgeklärt werden, wenn sie außergewöhnlich hoch sind
 - dies soll nicht der Fall sein, wenn die Handelsspanne bei einmalig 3,5 % der Anlagesumme liegt

31



Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (12)

- (Gleichsetzung von Rückvergütungen und Gewinnmargen)
 - vorzugswürdig erscheint es, eine Offenlegung von Gewinnmargen nur dann anzunehmen, wenn die Bank die Papiere „durchhandelt“
 - verkauft die Bank die Wertpapiere aber im Rahmen eines Festpreisgeschäfts aus dem eigenen Bestand, tritt sie dem Erwerber wie ein Verkäufer mit eigenen wirtschaftlichen Interessen gegenüber, so dass es nicht geboten erscheint, die Gewinnmarge aufzudecken
 - keine Offenlegung ist erforderlich, wenn die Bank ein von ihr selbst emittiertes Produkt an den Kunden vertreibt

32

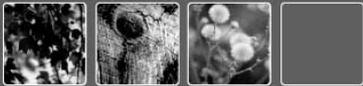


Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (13)

- **Haftungsfolgen bei unterbliebener Offenlegung von Rückvergütungen**
 - Kunde hat einen Anspruch auf Rückabwicklung der Anlage, wenn die Pflichtverletzung für den entstandenen Schaden (Erwerb der Anlage) kausal geworden ist
 - Ursächlichkeit wird nach Ansicht des BGH vermutet, da unterstellt wird, der Kunde hätte bei Information über die Rückvergütungen die Anlage nicht getätigt
 - bereits die Ausgangsüberlegung erscheint fragwürdig, da der Kunde im Regelfall mehrere Entscheidungsalternativen hat (z.B. Verhandeln über eine niedrigere Vergütung der Bank)

33



Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (14)

- **(Haftungsfolgen bei unterbliebener Offenlegung von Rückvergütungen)**
 - kann sich die Bank bei Altfällen darauf berufen, sie habe von den durch die Rechtsprechung (später) aufgestellten Pflichten seinerzeit keine Kenntnis haben können und sich daher in einem Rechtsirrtum befunden, der das Verschulden ausschließt
 - OLG Dresden (v. 24.7.2009 – 8 U 1240/08) nimmt einen solchen unverschuldeten Rechtsirrtum bei einer Beratung im Jahr 2001 an
 - a.A. aber OLG Stuttgart (v. 6.10.2009 – 6 U 126/09) für Empfehlung eines Medienfonds im Jahr 2003

34




STEP Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: c/o Delbrück Bethmann Maffei, Promenadeplatz 9, 80333 München, Tel: 089-23699-216, Fax: 089-23699-219, manuela.mckensie@debema.de
 – Vereinsregister München VR 200617 – als gemeinnützig anerkannt gem. Bescheid des Finanzamts für Körperschaften München vom 22.11.06
 Vorstand: Dr. Daniel Lehmann und Manuela McKensie (stellv.)

Deutsche Bank AG, Mannheim – Konto Nr. 0339 333 – BLZ 670 700 10 – IBAN DE87 6707 0010 0033 9333 00 – BIC/SWIFT: DEUTDESMXXX

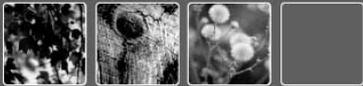


Umgang mit Vertriebsvergütungen und Zuwendungen (15)

- (Haftungsfolgen bei unterbliebener Offenlegung von Rückvergütungen)
 - Beweislast: muss hinsichtlich der Offenlegung der Zugang der entsprechenden Information nachgewiesen werden oder genügt z.B. die Absendung?
 - der Zugang ist in der Praxis (jedenfalls außerhalb des nunmehr nach § 34 Abs. 2a WpHG zu erstellenden Protokolls) kaum nachweisbar
 - nach LG Stuttgart (v. 17.7.2009 – 8 O 129/09) kann der Kunde nicht hilfsweise einen Auskunftsanspruch im Wege einer Stufenklage geltend machen, um mögliche Pflichtverletzungen des Beraters auszuforschen

35



Protokollierungspflichten bei der Anlageberatung (1)

- Neuregelung im Überblick (§ 34 Abs. 2a u. 2b WpHG)
 - jedes Wertpapierdienstleistungsunternehmen, das Privatkunden berät, muss ab dem 1.1.2010 über jedes Beratungsgespräch ein detailliertes Protokoll erstellen
 - Protokoll muss dem Privatkunden jedenfalls vor der Auftragserteilung ausgehändigt werden
 - bei telefonischer Beratung kann der Auftrag vor Zugang des Protokolls ausgeführt werden, der (Privat-)Kunde hat dann aber ein einwöchiges Rücktrittsrecht (ab Zugang des Protokolls), wenn das Protokoll unrichtig oder unvollständig ist

36




STEP Deutschland e.V.



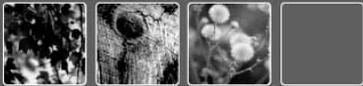
Protokollierungspflichten bei der Anlageberatung (2)

- **Regelungsinhalt von § 34 Abs. 2a WpHG**
 - Wertpapierdienstleistungsunternehmen muss über jede Anlageberatung ein schriftliches Protokoll anfertigen
 - Protokoll muss von demjenigen unterzeichnet werden, der die Anlageberatung durchgeführt hat
 - Kundenunterschrift ist nicht erforderlich, aber möglich
 - Ausfertigung des Protokolls ist dem Kunden unverzüglich nach Abschluss der Anlageberatung und vor Geschäftsabschluss zur Verfügung zu stellen
 - Form: Papier oder sonstiger dauerhafter Datenträger (z.B. CD, PDF, Telefax)

37

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and Estate Practitioners



Protokollierungspflichten bei der Anlageberatung (3)

- **(Regelungsinhalt von § 34 Abs. 2a WpHG)**
 - Sonderregelung: wählt der Kunde für Anlageberatung und Geschäftsabschluss Kommunikationsmittel, die die Übermittlung des Protokolls vor Geschäftsabschluss nicht gestatten, kann der Geschäftsabschluss auf ausdrücklichen Wunsch des Kunden vor Zugang des Protokolls erfolgen
 - dem Kunden ist in diesem Fall ein Rücktrittsrecht einzuräumen; der Rücktritt ist allerdings nur möglich, wenn das Protokoll unrichtig oder unvollständig ist
 - Beweislast für die Vollständigkeit und Richtigkeit liegt beim Wertpapierdienstleistungsunternehmen!

38

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.

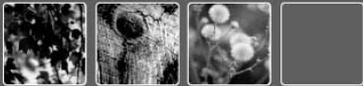


Protokollierungspflichten bei der Anlageberatung (4)

- **Regelungsinhalt von § 34 Abs. 2b WpHG**
 - Kunde hat gegen das Wertpapierdienstleistungsunternehmen einen Anspruch auf Herausgabe des Protokolls
 - während § 34 Abs. 2a WpHG nur eine aufsichtsrechtliche Bedeutung hat, beinhaltet § 34 Abs. 2b WpHG einen zivilrechtlichen Anspruch des Kunden
 - Ziel: der Kunde soll mit dem Protokoll in den Stand versetzt werden, über eine Beweiserleichterung zur verbesserten Durchsetzung seiner Ansprüche zu verfügen

39



Protokollierungspflichten bei der Anlageberatung (5)

- **Mindestanforderungen an das Protokoll (§ 14 Abs. 6 WpDVerOV)**
 - Anlass der Anlageberatung
 - Dauer des Beratungsgesprächs
 - die der Beratung zugrunde liegenden Informationen über die persönliche Situation des Kunden einschließlich der nach § 31 Abs. 4 WpHG einzuholenden Informationen
 - die vom Kunden geäußerten wesentlichen Anliegen und deren Gewichtung
 - die erteilten Empfehlungen und die für diese Empfehlungen maßgeblichen Gründe
 - bei telefonischer Beratung: Hinweis auf Rücktrittsrecht

40




STEP Deutschland e.V.



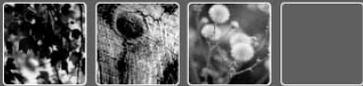
Protokollierungspflichten bei der Anlageberatung (6)

- Anlageberatung als Gegenstand der Dokumentation
 - abzustellen ist darauf, ob eine Anlageberatung i.S. des WpHG erbracht wird
 - persönliche Empfehlung (Kauf, Verkauf, Halten), die sich auf Geschäfte mit bestimmten Finanzinstrumenten bezieht
 - Empfehlung erfolgt gegenüber dem Kunden bzw. seinem Vertreter und berücksichtigt die persönlichen Umstände (WpHG-Bogen bzw. Kundenprofil)
 - keine ausschließliche Bekanntgabe über Informationsverbreitungskanäle
 - unerheblich ist, ob die im Rahmen der Anlageberatung erteilte Empfehlung auch umgesetzt wird!

41

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and Estate Practitioners



Protokollierungspflichten bei der Anlageberatung (7)

- (Anlageberatung als Gegenstand der Dokumentation)
 - protokollierungspflichtig
 - nach Portfolioanalyse empfiehlt der Berater den Verkauf eines Zertifikates oder den Kauf eines bestimmten Fonds
 - Empfehlung zur Anlage neu zugeflossener Mittel in eine bestimmte Aktie
 - Empfehlung zum Halten eines bestimmten Finanzinstruments
 - nicht protokollierungspflichtig
 - Orderausführung im Execution-only-Geschäft
 - Beratung zu geschlossenen Fonds
 - Beratung über den Abschluss einer Vermögensverwaltung
 - Strategiegespräche

42

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: c/o Delbrück Bethmann Maffei, Promenadeplatz 9, 80333 München, Tel: 089-23699-216, Fax: 089-23699-219, manuela.mckensie@debema.de
 – Vereinsregister München VR 200617 – als gemeinnützig anerkannt gem. Bescheid des Finanzamts für Körperschaften München vom 22.11.06
 Vorstand: Dr. Daniel Lehmann und Manuela McKensie (stellv.)

Deutsche Bank AG, Mannheim – Konto Nr. 0339 333 – BLZ 670 700 10 – IBAN DE87 6707 0010 0033 9333 00 – BIC/SWIFT: DEUTDESMXXX

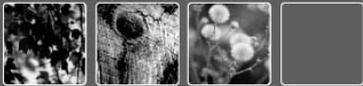


Protokollierungspflichten bei der Anlageberatung (8)

- **Besonderheiten bei telefonischer Anlageberatung**
 - Protokoll ist auch hier in jedem Fall der Anlageberatung zu erstellen (auch wenn es nicht zu einem Geschäftsabschluss kommt)
 - Protokoll muss dem Kunden grundsätzlich vor Geschäftsabschluss zur Verfügung gestellt werden (dann besteht kein Rücktrittsrecht des Kunden)!
 - wünscht der Kunde nach einer telefonischen Beratung die Ausführung des Geschäfts vor Protokollerhalt, besteht ein einwöchiges Rücktrittsrecht nach Zugang des Protokolls beim Kunden, sofern das Protokoll unrichtig oder unvollständig ist

43



Protokollierungspflichten bei der Anlageberatung (9)

- **(Besonderheiten bei telefonischer Anlageberatung)**
 - Probleme
 - Zugang des Protokolls ist im Regelfall schwer nachweisbar (möglich z.B. über Lesebestätigungen bei E-Mail oder Fax-Sendebericht)
 - Kunde muss Unrichtigkeit bzw. Unvollständigkeit des Protokolls nur behaupten, aber nicht beweisen
 - Wertpapierdienstleistungsunternehmen trägt die Beweislast für die Vollständigkeit und Richtigkeit des Protokolls
 - Order sollte daher erst dann ausgeführt werden, wenn Kunde den Zugang und die Richtigkeit des Protokolls bestätigt hat

44



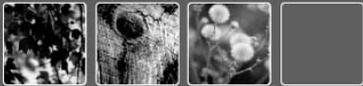

STEP Deutschland e.V.


Ausblick: Verschärfung des regulatorischen Umfelds? (1)

- Als Folge der Finanzmarktkrise werden auch Änderungen bei der Beaufsichtigung von Finanzdienstleistern diskutiert
 - derzeit zeichnet es sich ab, dass die geschlossenen Beteiligungen als Finanzinstrumente qualifiziert werden sollen, so dass verschiedene Vorschriften des WpHG (Offenlegung von Vertriebsvergütungen; Protokollierungspflicht bei der Anlageberatung) anwendbar sind
 - unklar ist aber, ob die Ausweitung des Begriffs der Finanzinstrumente auf geschlossene Beteiligungen auch dazu führt, dass eine generelle Erlaubnispflicht für den Vertrieb dieser Anlagen besteht

45





Ausblick: Verschärfung des regulatorischen Umfelds? (2)

- Auch in der Diskussion: Wegfall des Investmentfondspri-
vilegs nach § 2 Abs. 6 S. 1 Nr. 8 KWG
 - Diskussion wird insbesondere auch auf europäischer Ebene vor dem Hintergrund geführt, ob die Umsetzung der MiFID zu einer Verbesserung des Anlegerschutzes geführt hat
 - Bereichsausnahme für Investmentfonds, die es nur in Deutschland gibt, wird kritisch gesehen, da es an einer sachlichen Rechtfertigung fehlt
 - Wegfall der Bereichsausnahme hätte erhebliche Folgen, da dann geschätzt rund 300.000 Finanzdienstleister eine eigene Zulassung benötigen oder sich einem Haftungsdach anschließen müssten

46




STEP Deutschland e.V.



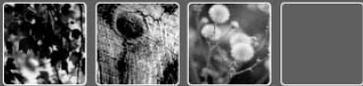
Ausblick: Verschärfung des regulatorischen Umfelds? (3)

- Im April 2010 soll ein Diskussionsentwurf des BMF vorgelegt werden, der noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll
 - es ist damit zu rechnen, dass regulatorische Ungleichbehandlungen, die zur Zeit noch hinsichtlich der geschlossenen Beteiligungen sowie der Investmentfonds bestehen, beseitigt werden
 - es fehlt auch an einem sachlichen Grund dafür, dass bloße Fondsvermittler weder ihre Vertriebsvergütungen offen legen müssen noch den Protokollierungspflichten unterfallen
 - Ziel muss es sein, für gleiche Produkte gleiche Vertriebsanforderungen zu schaffen, ohne dass es darauf ankommen kann, durch wen der Vertrieb erfolgt

47

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and
Estate Practitioners



Haftungsrisiken von Vermögensverwaltern und Anlageberatern

Dr. Peter Balzer

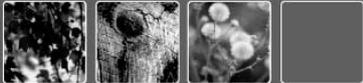
Balzer Kühne Lang Rechtsanwälte Partnerschaft
Rheinwerkallee 6
53227 Bonn
www.balzerkuehnelang.de
info@balzerkuehnelang.de
Tel.: 0228/945945-0
Fax: 0228/945945-55

48

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.

 1

7. Konferenz STEP Deutschland e.V.

Risiko im Handeln
Aspekte der Vermögens-, Steuer- und
Nachfolgeplanung in der Praxis

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners 

 2

Risikowahrnehmung
– ein zeitvariables Phänomen

Michael Strobel-Kaufmann
Delbrück Bethmann Maffei AG

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners 

STEP Deutschland e.V.

1

7. Konferenz STEP Deutschland e.V.

Risiko im Handeln

Aspekte der Vermögens-, Steuer- und
Nachfolgeplanung in der Praxis

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and
Estate Practitioners

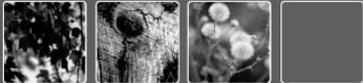
2

Risikoanalyse im Vermögensmanagement

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.

 1

7. Konferenz STEP Deutschland e.V.

Risiko im Handeln
Aspekte der Vermögens-, Steuer- und
Nachfolgeplanung in der Praxis

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and
Estate Practitioners

 2

Risiko Unternehmerfamilie
– Standfeste Nachfolgeplanung
durch Familienstrategie

Christine Grotz
Kirsten Baus Institut für Familienstrategie

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.

Eine Strategie für Familienunternehmen

Die Bedeutung der Familie für den Bestand eines Familienunternehmens wird weithin unterschätzt. Die Zukunftsplanung konzentriert sich zumeist allein auf das Unternehmen. Das ist nicht weiter verwunderlich, ist es doch das natürliche Objekt aktiven Gestaltens, das Resultat persönlicher Tüchtigkeit, Umsicht und Energie des Unternehmers, der Ort der Selbstverwirklichung und sichtbares Symbol der eigenen Leistung oder der Familie. Das Unternehmen ist etwas Geschaffenes. Es ist form- und veränderbar, es wächst, es verändert seine Gestalt. Die Zukunftsplanung im Unternehmen kennt deshalb keinen Mangel an Methoden und Instrumenten, um dem Wandel gerecht zu werden. Und vieles versteht sich ohnehin von selbst. Ein Unternehmen mit 500 Mitarbeitern wird anders geführt als eines mit 50, Investitionen müssen sich amortisieren; überhaupt ist es leichter im Unternehmen als in der Familie zu wissen, woran man ist. Viele der entscheidenden Größen sind messbar. Umsatz, Rendite, Cashflow – die wirtschaftlichen Kennziffern können problemlos über die DV abgerufen werden.

Von daher ist begreiflich, weshalb in Familienunternehmen die Familie bei der Zukunftsplanung so stiefmütterlich behandelt wird. Die Familie ist in vielem das Gegenteil des Unternehmens. Sie ist naturwüchsig, also nur in gewissem Umfang planbar und entzieht sich notorisch objektiven Maßstäben. Tatsache aber ist, dass die Familie das Unternehmen als Eigentümer tragen und steuern muss. Geschlossenheit nach innen und außen ist dabei die unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg am Markt. Das gilt bereits im Übergang vom Gründer auf die nachfolgende Generation. Aber die Unternehmerfamilie wächst weiter, und damit kommt unausweichlich das Problem auf sie zu, wie sie ihre Einheit erhalten kann. In den heutigen Zeiten, in denen der Vorrang des Individuums vor der Familie selbstverständlich geworden ist, kann das nur bedeuten, die schwierige Aufgabe der Einheit in Vielfalt zu meistern. Das gilt schon in der Geschwistergesellschaft, also ab der 2. Generation. Den Zusammenhalt der Familie zu organisieren, bedeutet, divergierende Interessen zu integrieren, um Konflikte zu vermeiden. Je größer die Gruppe der Beteiligten geworden ist, je mehr Familienstämme entstanden sind, desto schwieriger wird diese Aufgabe. Nicht nur die Individualisierung speist die zentrifugalen Kräfte, die auf die Gemeinschaft einwirken. Ab der 3. Generation prägt die Erziehung in unterschiedlichen Elternhäusern die Famili-

enmitglieder in jeweils eigener Weise. So entstehen Familienkulturen, die sehr verschieden beschaffen sein können und das Miteinander erschweren. Diese unterschiedlichen Kulturen zu bündeln, aus ihnen eine funktionierende Einheit zu machen, ist nicht einfach. Es handelt sich um eine Aufgabe, die der Vorausschau und Planung bedarf, eine strategische Leistung, die in das Aufgabenportfolio der Zukunftsgestaltung gehört – kurz: um eine Familienstrategie. Eine Unternehmerfamilie muss hier aktiv werden – sonst kann der Prozess der Entfremdung voneinander und vom Unternehmen ernste Folgen haben.

Wo es meistens klemmt – die Nachfolge

Virulent wird der Faktor Familie vor allem bei der Nachfolgeplanung. Nach einer aktuellen Schätzung des Bonner Instituts für Mittelstandsforschung steht jährlich bei knapp 71.000 Familienunternehmen unterschiedlichster Größen die Frage der Nachfolge an. Die meisten unter ihnen sind Kleinbetriebe, aber auch bei rund einem Viertel der größeren Unternehmen in Familienhand kommt es bis zum Jahr 2015 zu einem Wechsel an der Spitze. Nicht alle werden an Nachfolger aus der Familie übergeben. Stattdessen mehren sich die Fälle von Kontinuitätsbrüchen. Selbst da, wo die Voraussetzungen prinzipiell günstig sind, kommt es zum Verkauf – sei es an Mitbewerber oder strategische Investoren, sei es durch Management-Buy-out und -Buy-in. Diese Entwicklung ist durchaus nicht nur den verschärften wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geschuldet. Sie verweist vielmehr auf ein strategisches Defizit von Familienunternehmen, das in der Eigentümerfamilie begründet ist.

Die Nachfolge in einem Familienunternehmen kann jedoch nicht isoliert beurteilt werden. Sie ist vielmehr in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Der Grund für das Scheitern einer Nachfolge, aber auch für Probleme in der laufenden Zusammenarbeit, ist fast immer auf ein Versäumnis mit einer Vorgeschichte zurückzuführen. Es ist das Fehlen einer Family Governance, d. h. von Regeln und Strukturen in der Unternehmerfamilie selbst. Eine Family Governance zu schaffen, ist bereits Aufgabe des Unternehmensgründers, besonders wichtig aber wird sie, wenn die Zersplitterung der Eigentumsanteile nach mehreren Generationen fortgeschritten ist und zu den Interessen der Einzelakteure die der Familienstämme hinzukommen.

Die Familienstrategie

Interne Streitigkeiten haben das Ende so manchen Familienunternehmens herbeigeführt. Wenn geschäftsführende Gesellschafter sich überwerfen, Stämme Grabenkriege führen und Nachfolgeregelungen blockiert werden, sind das starke Indizien für einen entscheidenden Mangel: diesen Eignerfamilien fehlt eine Family Governance. Da nutzen auch die klassischen Stärken wenig, die Familienunternehmen wieder zu einem Leitbild gemacht haben. Solidität, Bodenständigkeit, kurze Entscheidungswege, Verantwortungsbewusstsein und langfristiges Denken bestimmen dort traditionell die Unternehmensstrategie. Wenn ein Unternehmen scheitert, dann meist nicht am Markt. Die Familie ist die ebenso leistungsstarke wie störungsanfällige Kraftquelle des Unternehmens. Das bedeutet: für eigergeführte Unternehmen liegt die strategische Latte höher als für Publikumsgesellschaften. Diesen reicht eine Unternehmensstrategie. Jene brauchen noch etwas anderes: eine Familienstrategie. Ihr Ergebnis ist ein Regelwerk, das Klarheit über das gemeinsame Werte-, Ziel- und Rollenverständnis schafft, das durch Verfahren für Berechenbarkeit und Transparenz sorgt – die Family Governance.

Drei Funktionskreise

Daran aber fehlt es oft genug. Gerade bei den Fundamental- und Zukunftsfragen, die die Familie berühren – Wer führt? Wer ist beteiligt? Wer darf im Unternehmen arbeiten? – hapert es. Familienunternehmen sind auf ein reibungsloses Zusammenspiel von drei Funktionskreisen angewiesen: Unternehmen, Gesellschafter und Unternehmerfamilie. Während das Unternehmen organisatorisch, operativ und strategisch geordnet und das Verhältnis der Gesellschafter durch den Gesellschaftsvertrag geregelt ist, fehlt es an stabilisierenden Strukturen für die Familie. Das macht sie labil und kann zu existenzgefährdenden Friktionen führen. Nach einhelliger Ansicht sind Streitigkeiten in der Familie die größten Wertevernichter in eigergeführten Unternehmen – einem Segment, das nach wie vor das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bildet.

Regelungsdefizite in der Familie

Weder der Gesellschaftsvertrag noch die – oft genug fehlende – testamentarische Regelung reichen aus, die Familie zu stabilisieren und im Zusammenspiel der drei Funktionskreise zu einem berechenbaren und verlässlichen Partner zu ma-

chen. Sie sind im Gegenteil oft genug nicht mehr als der kleinste gemeinsame Nenner oder die Folge einsamer Entschlüsse des Familienpatriarchen.

Unternehmerfamilien mangelt es an geordneten Strukturen: was nicht im Gesellschaftsvertrag steht, wird freihändig entschieden oder beansprucht – darf der eine dies, darf der andere das auch. Was beim Gründer noch funktioniert hat, führt in einer größer werdenden Familie rasch zum Krach. Denn der Gesellschaftsvertrag reicht alleine bei weitem nicht aus, das komplexe Miteinander in einer Unternehmerfamilie – erwähnt seien hier etwa Qualifikationsanforderungen für die Mitarbeit in der Führungsspitze – zu klären. Die Familienstrategie setzt an dieser Stelle an: sie schließt Regelungslücken und ersetzt Willkür durch geordnete Verfahren. Dazu entwickelt die Familie eine Family Governance, die ihren Ausdruck in Institutionen und festen Regeln findet. Ihr Resultat ist die Familiencharta, in der sie die grundsätzlichen Fragen von Beteiligung, Führung und Mitarbeit in tatsächlicher Hinsicht klärt – was geschrieben steht, darüber muss nicht mehr gestritten werden. Mit dieser Family Governance schafft sie zugleich die Basis für die Planung einer standfesten Beteiligungs- und Führungsnachfolge.

Eine Charta für die Familie

Die Charta sorgt für Klarheit im Grundsätzlichen. Insoweit ist sie rechtlichen Regelungen wie Gesellschaftsvertrag und Testament vorgeordnet und liefert künftigen Änderungen den Rahmen. Sie ist das Dokument dessen, was die Familie verbindet und auf Gegenseitigkeit verpflichtet. Ihre Überzeugungen und die gemeinsamen Auffassungen über Werte, Ziele und Rollen der Beteiligten: Was verbindet uns? Wie prägen wir das Unternehmen? Was sind unsere gemeinsamen Ziele? Wann und in welcher Konstellation tritt die nächste Generation die Nachfolge an? Soll sie operativ oder aus der Gesellschafterposition führen? Dürfen Schwiegerkinder im Unternehmen arbeiten? Wie wird der Beirat besetzt? Was erwartet die Familie von externen Führungskräften? Welche Regeln gelten für Ausschüttung und Vergütung? Werden Freiberufler aus der Familie mit Firmenaufträgen bedacht? Das reduziert Streitpunkte und gibt einer Unternehmerfamilie die nötige Planungssicherheit, um auf Dauer handlungsfähig zu bleiben. Die Familiencharta verhindert dadurch die Entfremdung der Familienmitglieder – der Destabilisierungsfaktor No. 1 in Unternehmerfamilien. Und sie schafft den Rahmen für Kooperation und Gemeinsamkeit durch verbindende Institutionen – den

Familiientag, die Verantwortlichen für Unternehmen und Familie, den Familienrat, die familieneigene Stiftung, das Family Office.

Praktische Fragen

Eine Familienstrategie stellt sich nicht von selbst her. In früheren Zeiten mag ein Firmenpatriarch sie seiner Familie als weises und vorausschauendes Oberhaupt verordnet haben. Heute ist Teamwork gefordert: eine Familienstrategie bezieht die nachwachsende Generation ein und sie muss aktiv angegangen werden – auch wenn es schwerfällt. Denn gerade bei den entscheidenden Akteuren in Unternehmerfamilien ist Zeit ein chronisch knappes Gut und die Zwänge des Tagesgeschäfts liefern stets Argumente, von der Klärung grundsätzlicher Fragen abzusehen. Außerdem besteht in Unternehmerfamilien eine weit verbreitete Regelungsaversion. Die ältere Generation schätzt Institutionen und Regeln nur insofern, als sie die Jüngeren, nicht aber sie selbst binden. Die jüngere wiederum misstraut ihnen grundsätzlich, weil sie dem Anspruch auf Selbstverwirklichung zuwiderlaufen. Hüben wie drüben aber bringen diese Verhaltensmuster jene fehlende Einstellung hervor, die in vielen Unternehmerfamilien die Zusammenarbeit so erschwert. Die Entscheidung zur Loyalität, zur dauerhaften Zusammenarbeit in der Familie verlangt einen Preis: die Aufgabe des gewohnten und manche Vorteile bietenden Laissez-faire zugunsten fester Strukturen. Dieses Opfer lohnt sich in jedem Fall. Denn die Entwicklung einer Familienstrategie bringt Klärungsbedürftiges auf den Tisch, in dessen Windschatten ebenso Konflikte gedeihen wie – wenn sie unreflektiert bleiben – problematische Lösungen zu ihrer Vermeidung entstehen: etwa der Gleichverteilungsgrundsatz bei den Gesellschaftsanteilen in der kommenden Generation, die Mitarbeit von Familienmitgliedern auf unterschiedlichen Hierarchieebenen oder eine Teamgeschäftsführung durch Geschwister. Solche Modelle sind selbstverständlich möglich, sie sollten jedoch nur auf der Basis einer realistischen Folgenabschätzung gewählt werden.

Eine These sei an dieser Stelle gewagt: Familiendynastien, die seit Generationen bestehen, verfügen ausgesprochen oder unausgesprochen über eine Familienstrategie. Regeln, die vorgeben, was eine Familie tut und was sie nicht tut, wie sie sich in Grundsatzfragen verhält, ob sie etwa Führungspersonal aus den eigenen Reihen rekrutiert wie Oetker oder jede Mitarbeit ausschließt wie Haniel. Sie wie viele andere in der ganzen Welt verdanken einer Familienstrategie, die Ge-

meinsamkeit stiftet, Konflikten vorbeugt, sie regelt und den Lebensplanungen der Beteiligten einen verlässlichen Rahmen bietet, ihre Kraft und Anpassungsfähigkeit. Es spricht nichts dagegen, sich daran ein Beispiel zu nehmen – auch für Familienunternehmen, die beträchtlich kleiner sind. Die Familienstrategie hilft, die konfliktträchtige Vermengung von Führung, Eigentum und Familie, von emotionalen und sachlichen Motiven in den Griff zu bekommen und das natürliche Ziel jeder Unternehmerfamilie zu verwirklichen: Unternehmen und Vermögen für die kommenden Generationen zu erhalten und zu mehren.

Literatur zur Vertiefung:

Baus, Kirsten: Die Familienstrategie. Wie Familien ihr Unternehmen über Generationen sichern, 2. Auflage, Wiesbaden 2007.

Baus, Kirsten: Plane das Schwierige, so lange es noch einfach ist. Familienstrategie und Nachfolgeplanung, Heft 1 der Schriftenreihe des Kirsten Baus Instituts für Familienstrategie.

(Die Hefte der Schriftenreihe können Sie gegen eine Schutzgebühr von 9,90€ zzgl. Porto und Versand über das Kirsten Baus Institut für Familienstrategie bestellen.)

Kontakt:

Christine Grotz
Kirsten Baus Institut für Familienstrategie
Hasenbergsteige 31
D-70197 Stuttgart

Telefon: +49 (0) 711/633 898 0
Telefax: +49 (0) 711/633 898 18
E-Mail: grotz@familienstrategie.de
Internet: www.familienstrategie.de

 1

7. Konferenz STEP Deutschland e.V.

Risiko im Handeln
Aspekte der Vermögens-, Steuer- und
Nachfolgeplanung in der Praxis

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners 

 2

„Das Risiko vermögend zu sein“

Christian Schaaf
Corporate Trust
Business Risk & Crisis Management GmbH

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners 

STEP Deutschland e.V.

Die öffentliche Wahrnehmung 3



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

Die öffentliche Wahrnehmung 4



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.


Die öffentliche Wahrnehmung 5






Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners


Studie: Gefahrenbarometer 2010 6

Sicherheitsrisiken für den deutschen Mittelstand



- Befragung von 5.154 mittelständischen Unternehmen
- Sämtliche Branchen
- Aktuelle Gefahrensituation
 - Schäden der letzten beiden Jahre
 - Einschätzung der zukünftigen Risiken
- Sicherheitsstrukturen und Schutzvorkehrungen



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



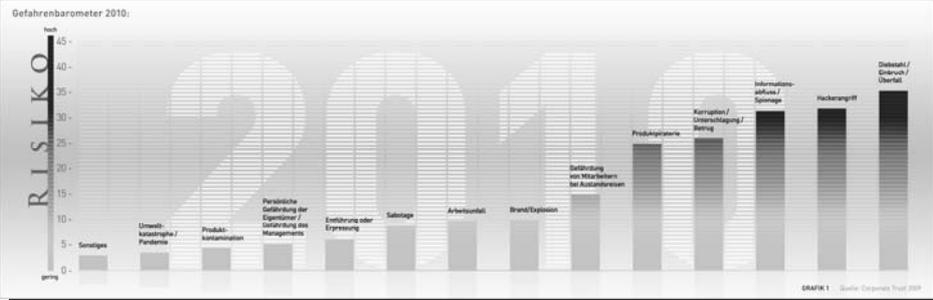
STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



Studie: Gefahrenbarometer 2010

Sicherheitsrisiken für den deutschen Mittelstand 7



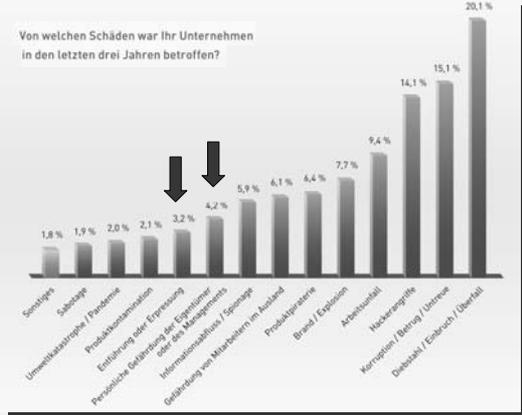





Studie: Gefahrenbarometer 2010

Schäden der letzten beiden Jahre 8

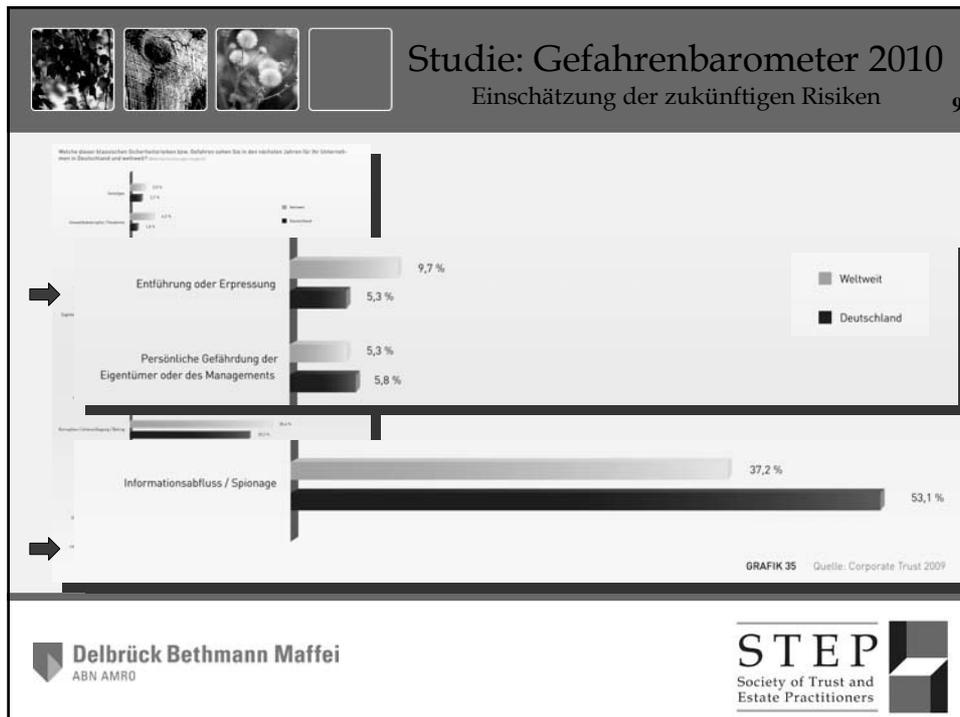
Von welchen Schäden war Ihr Unternehmen in den letzten drei Jahren betroffen?



- Erpressung / Entführung
 - 3,2 % = 165 Fälle
- Persönliche Gefährdung der Eigentümer oder des Managements
 - 4,2 % = 217 Fälle




STEP Deutschland e.V.



Das Bedrohungsspektrum



- **Überfall / Einbruch**
 - Family Office
 - Privatanwesen
 - Im Fahrzeug
 - Auf Geschäftsreisen

Fälle:

- Dieter Bohlen / Jugendliche Täter
- Polizeiliche Kriminalstatistik
- Straßenkriminalität

Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and Estate Practitioners



Das Bedrohungsspektrum

11



- **Datenklau**
 - Family Office
 - Vermögensinhaber
 - Geschäftspartner
 - Steuerberater / Rechtsanwälte etc.

Fälle:

- HSBC / Credit Suisse
- Permanente Hackerangriffe
- Laut PKS: Ausspähen von Daten +60 %






Das Bedrohungsspektrum

12



- **Entführung**
 - Vermögensinhaber
 - Mitarbeiter aus dem Family Office
 - Familienangehörige

Fälle:

- Jan Philipp Reemtsma / Thomas Drach
- Jacob von Metzler / Magnus Gäfgen
- Wiesbadener Bankiersgattin / Thomas Wolf




STEP Deutschland e.V.



Das Bedrohungsspektrum

13



- **Erpressung**
 - Vermögensinhaber
 - Family Office
 - Geschäftspartner

Fälle:

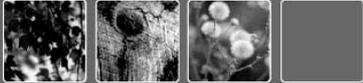
- Susanne Klatten / Helq Sgarbi
- Discounter LIDL / 67 jähriger Diplom-Ingenieur



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners



Das Bedrohungsspektrum

14



- **Stalking**
 - Vermögensinhaber
 - Familienangehörige

Die wiederholte und beabsichtigte Verfolgung und Belästigung von Menschen, so dass die Sicherheit bedroht und die Lebensgestaltung schwerwiegend beeinträchtigt ist.

Fälle:

- Veronica Ferres
- Ermordung von Rebecca Schäffer und zwei weiteren unbekanntem Frauen Ende der 80er Jahre



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



Auspionieren

15



- **Beobachtung über mehrere Monate**
 - Im persönlichen Umfeld
 - Am Arbeitsplatz
 - Bei geschäftlichen Kontakten oder Reisen
- **Belauschen der Kommunikation**
 - Überwachung mit Technik
- **Informationsgewinnung**
 - Zeitschriften
 - Internet
 - Register



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO





Informationsmöglichkeiten

16






Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP Deutschland e.V.



Informationsmöglichkeiten

17































Social Engineering

18



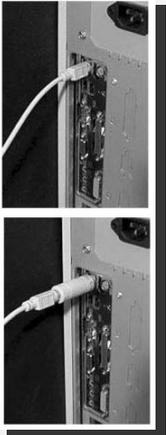
- **Am Arbeitsplatz / Sekretariat**
 - Geschickte Anrufer
- **Bei externen Veranstaltungen**
 - Gezielt agierende Täter mit einer Legende
- **Geschäftsreisende**
 - Gezielte Opferauswahl





STEP Deutschland e.V.

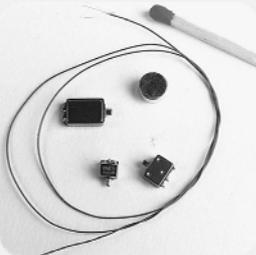
 Key Logger / Key Ghost 19





 Wanzen 20







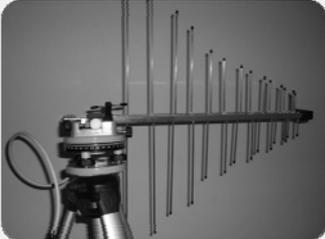
STEP Deutschland e.V.





Kompromittierende Strahlung

21



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners





Handy Spionagesoftware

22





Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



Schutzmaßnahmen

23



- **Ganzheitlicher Ansatz**
 - Organisatorisch
 - Technisch
 - Personell

- **Voraussetzung**
 - Individuelle Betreuung
 - Umfassende Beratung
 - Permanente Erreichbarkeit (24/365)
 - Planung und Umsetzung aller Maßnahmen aus einer Hand



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO






Wichtig!

24



Es gibt keine technische Lösung
für ein menschliches Problem!



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO




STEP Deutschland e.V.



Produkt:

Sicherheit für Family Offices

25



- Informationsschutz
- Persönliche Sicherheit
- Präventives Krisenmanagement



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO






Informationsschutz

26

- Struktur für die Vertraulichkeit der Daten im Family Office
- Hoher Standard für die Sicherheit der IT- und Telekommunikationsgeräte gegen Hacker oder Sniffer
- Verschlüsselung der Kommunikation
- Monitoring der Datenflüsse (Alert-System bei ungewöhnlichen Zugriffen)
- Awareness der Mitarbeiter für den Umgang mit vertraulichen Daten (Social Engineering, technische Angriffsmöglichkeiten, Externe Dienstleister)
- Regelmäßige Revision der IT- und TK-Administration unter Sicherheitsaspekten
- Evaluierung der Geschäftspartner bezüglich der Datensicherheit (Vorgaben, Audits)
- Regelmäßiges Monitoring und Beschränkung der Recherchierbarkeit persönlicher bzw. personenbezogener Daten (Register, Internet etc.)



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO




STEP Deutschland e.V.



Persönliche Sicherheit

27

- Schulungen / Trainings zum sicherheitsgerechten Verhalten
- Objektsicherheit im Family Office bzw. privaten Bereich (Zutrittssicherung, Alarmanlage, Videoüberwachung, Schlüsselmanagement etc.)
- Zuverlässigkeitsprüfungen von eingesetztem Personal oder Dienstleistern
- Background-Checks im Vorfeld neuer Geschäftsbeziehungen
- Sicherheitshinweise vor Auslands-Reisen
- Planung von Reisen in sicherheitskritische Länder
- Spezielle Ortungssender und Monitoring-Systeme für Reisen
- Sondergeschützte Fahrzeuge
- Abgesetzter Schutz durch Vorklärung (im Bedarfsfalle)



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners



Präventives Krisenmanagement

28

- Krisen-Hotline für die permanente Erreichbarkeit von Sicherheitsspezialisten (24/365)
- Handlungsanweisungen für Sofortmaßnahmen bei realistischen Krisen-Szenarien (Überfall, Datenklau, Illoyaler Geschäftspartner, Durchsuchung etc.)
- Informationsaufbereitung im Vorfeld (Persönliche Dossiers, Erreichbarkeiten, Kontaktpartner etc.)
- Aufbau und Training eines Krisenstabs



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.

29

“Das Risiko vermögend zu sein”



Christian Schaaf
Corporate Trust
Business Risk & Crisis Management GmbH
Graf-zu-Castell-Str. 1
81829 München
www.corporate-trust.de
+49 (0)89 599887580
+49 (0)89 5998875820



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: c/o Delbrück Bethmann Maffei, Promenadeplatz 9, 80333 München, Tel: 089-23699-216, Fax: 089-23699-219, manuela.mckensie@debema.de
– Vereinsregister München VR 200617 – als gemeinnützig anerkannt gem. Bescheid des Finanzamts für Körperschaften München vom 22.11.06
Vorstand: Dr. Daniel Lehmann und Manuela McKensie (stellv.)
Deutsche Bank AG, Mannheim – Konto Nr. 0339 333 – BLZ 670 700 10 – IBAN DE87 6707 0010 0033 9333 00 – BIC/SWIFT: DEUTDESMXXX

 1

7. Konferenz STEP Deutschland e.V.

Risiko im Handeln
Aspekte der Vermögens-, Steuer- und
Nachfolgeplanung in der Praxis

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners 

 2

The UK Capital Tax Treatment of German Structures
Nießbrauch and Leibrente
Inheritance Tax, Pre Owned Asset Tax and Capital Gains Tax

Richard Frimston
RUSSELL-COOKE SOLICITORS

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners 

STEP Deutschland e.V.



What do we mean by a "Trust"?

3

Classification by Use

- a private trust
- a public trust
- a technical tool
 - the holding of immovable property for two or more people
 - the administration of assets on death
 - the administration of assets for persons lacking capacity
 - for commercial transactions
 - trusts of pension funds for employees

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and
Estate Practitioners



Classification by Tax Effect

4

- charitable trusts
- bare trusts - nominees

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.


Classification by Tax Effect 5

- interest in possession - life interest trusts
- discretionary trusts
- accumulation and maintenance (A&M) trusts



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners


UK Connecting Factors for
income and capital gains tax 6

- residence
 - 163 days
 - 90 days in 4 year average
- ordinary residence
- situs (not for CGT)



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



UK Connecting Factors for inheritance tax (IHT)

7

- Domicil / domicile
- Deemed domicile
 - resident 17 / 20 tax years
 - domiciled during previous 3 calendar years
- situs



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP

Society of Trust and Estate Practitioners



Situs for inheritance tax

8

- Bare Trusts / Nominees
 - sited where the underlying property is situated.
- Interests in an Unfinalised Succession
 - Sited where the Executors can be compelled to administer, or if no Executors, in the place of principal administration.
 - (For IHT, the *situs* of the individual underlying assets)
- Other interests in Trusts
 - A life interest - sited where the trust property is located.
 - Otherwise (including a reversionary interest), sited where action may be brought against the trustees.



Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP

Society of Trust and Estate Practitioners

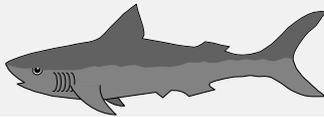
STEP Deutschland e.V.



IHT

9

- Nil Rate Band (NRB) £325,000
- Spouse Exemption
- Business Property Relief (BPR)
- Agricultural Property Relief (APR)
- Potentially Exempt Transfer (PET)
- Otherwise IHT
 - 40% on death
 - 20% during lifetime





Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP

Society of Trust and Estate Practitioners



IHT & Life Interest Trusts

10

- Life Interest trust Pre existing on 22 March 2006 - Transitional Serial Interests (TSI)
- Interest in possession trusts created on death - Immediate Post Death Interest (IPDI)
- Taxed as if the full capital value is part of the estate of the person entitled to the life interest





Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP

Society of Trust and Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



IHT & RPR Trusts

11

- Since 2006 all other trusts are classified for IHT as Relevant Property Regime (RPR) Trusts
- Taxed
 - at 20% IHT above NRB going in
 - (additional 20% if donor dies within 7 years)
 - 6% every 10 years - Decennial Charge
 - Exit charges





Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners



IHT & Anti Avoidance

12

- Gifts with Reservation of Benefit (GROB or GWR)
- Pre Owned Asset Tax
 - if using property formerly owned
 - unless all sold for full market value
 - income tax charge on deemed rent of 4% of capital value





Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



Trust like Structures

13

- *Usufructs and Annuities*
 - Trust interest / direct interest in land
 - *lex fori / lex situs / renvoi?*
 - double tax treaties
 - CG31305
 - Scottish proper liferent **s.43(4)**
 - valuation?





Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners



Reclassification

14

- *Usufruct as a loan*
 - *Ministre de l'Economie, des Finances et de l'Industrie v Société Bank of Scotland.*
- *Usufruct as a lease*
 - *Stichting Goed Wonen*
- but not for IHT?





Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO



STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



15

- Nießbrauch / Leibrente not a trust but a direct interest for capital gains tax
- Nießbrauch / Leibrente is a trust for inheritance tax purposes
- If
 - assets in the UK
 - donor is domiciled in UK
 - deemed domiciled in the UK
- Since 2006 UK charge of 20% IHT on the full market value of all the assets
- if the donor dies within 7 years an additional 20% IHT charge may be payable.

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and Estate Practitioners



16

- Is Donor UK dom or deemed dom?
- UK assets?
- Don't risk it!

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

 **STEP**
Society of Trust and Estate Practitioners

STEP Deutschland e.V.



17

- I cannot understand your trust
- I understand your usufruct as a trust

Delbrück Bethmann Maffei
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners



Richard Frimston



**The UK Capital Tax Treatment of
German Structures**

Nießbrauch and Leibrente

***Inheritance Tax, Pre Owned Asset
Tax and Capital Gains Tax***



20 April 2010

RUSSELL-COOKE SOLICITORS
www.russell-cooke.co.uk

2 Putney Hill, Putney
London SW15 6AB
T 020 8789 9111
F 020 8780 1194

Bishop's Palace House
Kingston Bridge
Kingston upon Thames
Surrey KT1 1GN
T 020 8546 6111
F 020 8541 4404

8 Bedford Row
London WC1R 4BX
T 020 7405 6566
F 020 7831 2565



INVESTOR IN PEOPLE

STEP Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: c/o Delbrück Bethmann Maffei, Promenadeplatz 9, 80333 München, Tel: 089-23699-216, Fax: 089-23699-219, manuela.mckensie@debema.de
– Vereinsregister München VR 200617 – als gemeinnützig anerkannt gem. Bescheid des Finanzamts für Körperschaften München vom 22.11.06
Vorstand: Dr. Daniel Lehmann und Manuela McKensie (stellv.)
Deutsche Bank AG, Mannheim – Konto Nr. 0339 333 – BLZ 670 700 10 – IBAN DE87 6707 0010 0033 9333 00 – BIC/SWIFT: DEUTDE33XXX

The United Kingdom Capital Tax Treatment of German Structures - Nießbrauch and Leibrente

Inheritance Tax, Pre Owned Asset Tax and Capital Gains Tax

Classification of Trusts and Trust Like Structures

There are many different ways of analysing and categorising trusts and trust like structures.

Classification by Use

One way is to divide them as to the uses to which they are put, between:

- Private Trusts - the principal motive for the creation of such a trust is likely to be that the settlor or grantor hopes to keep family assets intact for the benefit of the family.
- Public Trusts - used for charitable purposes, the establishment and running of educational institutions, funding of medical research and hospitals, maintenance of religious institutions and provision of perpetual funds for the relief of financial need.
- Trusts as Technical Tools - examples are:
 - the holding of immovable property for two or more people
 - the administration of assets on death
 - the administration of assets for persons lacking capacity
 - for commercial transactions
 - trusts of pension funds for employees

Classification by Tax Effect

Another way is to categorised trusts by reference to the taxation consequences of their creation and continuance or the distribution of assets.

Historically, there were some similarities but also some significant differences between the models in the USA and those in the UK and Ireland. The similarities are for

- Charitable trusts – trusts for purposes recognised as charitable in each jurisdiction; the rules in each jurisdiction are significantly different.
- Bare trusts – the trustees are pure nominees and the beneficiaries are the real owners for all purposes including tax.

For other trusts, whilst the USA has traditionally differentiated between

- Grantor and
- Non-Grantor or perfected trusts

for income tax purposes, there has been no such simple division for US estate tax purposes.

The UK and Ireland have traditionally differentiated between

- Interest in possession or fixed trusts - under a fixed trust, a beneficiary has a fixed share of the income or capital of the trust. One example is a life interest. Additional powers can be given to trustees in the trust to advance additional monies to beneficiaries.
- Discretionary trusts - under a discretionary trust, the trustees hold the trust fund for the benefit of a class of beneficiaries (for example, the settlor's children and grandchildren) with discretion as to when and to which beneficiaries distributions are made out of the trust fund. The beneficiaries have no interest in the fund for legal or taxation purposes. They cannot compel the trustees to exercise their discretion.

Historically, the UK also had an additional form of trust

- Accumulation and Maintenance Trust

which existed for UK tax purposes up until 2008. They were a hybrid form of discretionary trust for beneficiaries under 25 which were treated for inheritance tax purposes as a fixed trust.

Before addressing the basic schemes of capital taxes for trusts and trust like structures, the basic schemes of capital taxes for individuals need to be considered.

Connecting Factors for Capital Gains Tax

The UK uses the connecting factor of residence and ordinary residence. Residence is generally an actual presence for 163 days in a UK tax year (6th April - 5th April) or residence of an average of 90 days per year over a period of 4 tax years.

Once ordinary residence is established it is more difficult to shed.

Whilst generally non-resident tax payers must still pay UK income tax on UK source income (subject to specific reliefs and double tax agreements), non-resident tax payers are not liable to pay capital gains tax on the gains produced by the disposal of UK assets, subject not to have been resident or becoming resident within a 5 year period.

Connecting Factors for Inheritance Tax (IHT)

The UK uses the connecting factor of Domicil or Domicile as defined by the common law of England & Wales - broadly the Domicil of the individual's father unless changed to that of the legal jurisdiction that the individual has lived in and regarded as home.

For IHT the UK taxes

- UK *situs* assets and
- the worldwide assets of someone dying
 - UK domiciled or
 - deemed domiciled in the UK (has been tax resident for 17 out of 20 tax years or actually domiciled in the last 3 calendar years)

Situs

The question as to where trusts are deemed to be *sited* for inheritance tax purposes; the general English law rules, which UK inheritance tax generally follows, are that:

Bare Trusts

The equitable interest is situated, where the underlying property is situated.

Interests in an Unfinalised Succession

Such interests are situated where the Personal Representatives can be compelled to administer, or if there are no Personal Representatives, situated in the place of principal administration.

(For Inheritance Tax purposes, the *situs* of the individual underlying assets applies - section 91 Inheritance Tax Act 1984)

Other interests in Trusts

If there is no beneficial interest in the trust (which would include a reversionary interest), it is situated where action may be brought against the trustees, usually the place of the residence of the trustees.

If there is a beneficial interest in the trust, it is situated where the trust property is located.

UK - Inheritance Tax (IHT)

The UK has had an Estate Tax since the 19th Century. Estate Duty was fundamentally changed by the Labour Government in 1974 to become Capital Transfer Tax; a harmonised tax on both inter vivos gifts and on death, with 10 year cumulation periods. In 1986 the Conservative Government relaxed the CTT regime and renamed the tax Inheritance Tax, whilst retaining its essential nature as an estate tax, but abolishing gift tax, provided that the donor survived for 7 years. Broadly, the UK now taxes the estate of a deceased person at 40% above the estate nil rate band (**NRB** – currently (2010) £325,000). Assets passing to a UK domiciled spouse are exempt from IHT. Certain assets fulfilling the definitions of Business Property or Agricultural Property can also be exempt from IHT having the benefit of Business Property Relief (**BPR**) or Agricultural Property Relief (**APR**).

Generally gifts to individuals are not subject to an immediate charge to tax. They are known as Potentially Exempt Transfers (**PET**) and only become chargeable if the donor dies within 7 years of the gift.

The exception is any lifetime gift into trust. Such gifts are subject to an immediate IHT charge of 20% above the NRB. Gifts are cumulated and a new NRB is available every 7 years. If the donor dies within 7 years of the gift subject to the 20% charge, it becomes subject to the additional 20% to bring the tax payable to 40%.

Interest in possession or fixed trusts (TSI or IPDI)

Interest in possession trusts created in lifetime before 22 March 2006 (known

as Transitional Serial Interests – **TSI**) or created on death at any date (now known as Immediate Post Death Interest - **IPDI**) are not subject to further capital taxation unless and until:

- the death of the beneficiary entitled to the income or otherwise having an interest in possession, at which time the entire capital of the trust is deemed to belong to and is cumulated with the estate of the beneficiary who has died. As a result it will be subject to 40% IHT to the extent that it is not exempt if passing to a surviving spouse or with BPR or APR.
- the beneficiary during his lifetime ceases to have an interest in possession, but the trust property continues to remain in trust, in which case the trust moves from the TSI/IPDI regime to the Relevant Property Regime and becomes subject to the immediate 20% IHT lifetime charge.

Discretionary (RPR) trusts

All trust not qualifying as TSI or IPDI are taxed as Relevant Property Regime (**RPR**) trusts.

RPR trusts are NOT cumulated for IHT purposes with the estates of any individual but are subject to a completely separate IHT taxation regime.

The IHT rate for a RPR trust is fixed every 10 years. The rate will be a figure between 0% and 6% depending on the value of the assets initially passing into trust and the amount of the NRB available at the time. On every 10th anniversary of the creation of the trust, the trust assets are revalued and a new tax rate set at 6% above the value of the NRB at that time.

Accordingly the following events trigger an IHT charge:

- an Entry charge – as above an IHT charge of up to 20% for lifetime trusts and up to 40% for RPR trusts created on death
- a Decennial (10 yearly) charge at a maximum rate of 6%
- an Exit charge of between 0% and 6% calculated as 1/40 of the previous Decennial charge rate multiplied by the number of complete 3 month periods since the previous Decennial charge.

The logic is that over the period of a generation (33 years) a RPR trust will be subject to 20% IHT on its assets overall.

The basis for levying these charges is the situs of the assets or the domicile or deemed domicile of the settlor, not the residence or domicile of the trustees or the beneficiaries.

Anti Avoidance Provisions

All estate tax systems have evolved complex anti avoidance rules and can attempt to tax world wide assets. The UK limits the spouse / civil partnership exemption in relation to assets passing from a domiciled to a non-domiciled spouse / partner. Some believe that this restriction might be in breach of the

Treaty of the European Union.

The introduction of the PET regime in 1986 saw an explosion of attempts to structure gifts (which would not be subject to tax unless the donor died within 7 years) whilst retaining a benefit for the lifetime of the donor. Generally such gifts were caught by the rules regarding Gifts with Reservation of Benefit (**GROBs**) also known as Gifts with Reservation (**GWR**). If a benefit is reserved by the donor, the asset is still taxable in the estate of the donor on his death, even though it is no longer owned by the estate.

However, some schemes whereby leases were carved out and the freehold gifted and creation of loans, which were then gifted, meant that the Government moved to close such arrangements. After a number of attempts, in 2003, HMRC produced the Pre Owned Assets Tax (**POAT**), which creates an income tax charge if a person occupies or uses property, which they have previously owned or which derives from property they have previously owned, if not fully disposed of at full market value. It relates to any property previously owned since 1986. Broadly, such a person is regarded as receiving a rent of 4% of the capital value of such an asset and liable for income tax on such asset. POAT does not apply to non residents or non domiciled persons save in relation to UK assets.

Trust Like Structures

In contrast to the extensive consideration which has been given to the treatment of Anglo-American trusts in civil law jurisdictions, and in particular to their tax treatment, the common law jurisdictions have given relatively little attention to the treatment and taxation of the usufruct and other civil law concepts. On occasions all usufructs have been treated as exactly the same irrespective of the legal system in which they are created.

The UK legislature has, of course, had to deal with the domestic usufruct. This means, in practice, the Scots' usufruct, the use of the usufruct in English law being very limited. In particular, the Inheritance Tax Act (IHTA) 1984 deals with "the real right of *usufruct* (or "proper liferent" as it is normally called)..." in Scotland and brings it within the concept of "settlement" for Inheritance Tax (IHT) purposes. The use of the trust has been said to tend to lead to the neglect of the real right of *usufruct*. Scottish litigation in 2002 over the failure of a liferenter to maintain a house in Orkney showed that it is still part of the contemporary world¹ even if, according to the Sheriff in that case, it "seems almost an aberration or a hangover from the past".

Usufructs in jurisdictions outside the United Kingdom are not specifically mentioned in the IHTA 1984. The legislator is not alone in neglecting them. General comparisons between usufructs and aspects of English law have been made, but the continental usufruct has not, perhaps, been given as much attention as it has deserved in contemporary times. Earlier generations

¹ *Charles Robertson Stronach, James Barker Robertson Stronach and Andrew William Stevenson WS Executors-nominate of the late Mrs. Eleanor Beaton Robertson or Stronach v James Percival Robertson*, XA193/00 First Division, Inner House, Court of Session, May 9, 2002, http://www.scotcourts.gov.uk/opinions/XA193_00.html.

of English lawyers became familiar with the usufruct through the need to consider legal systems throughout the British Empire. For example, in a case concerning the compensation to be paid to a chief for land in Southern Nigeria taken by the government, Lord Haldane cautioned against the temptation to interpret title to land according to domestic norms. He noted that:

"There is a tendency, operating at times unconsciously, to render that title conceptually in terms which are appropriate only to systems which have grown up under English law. But this tendency has to be held in check closely. As a rule, in the various systems of native jurisprudence throughout the Empire, there is no such full division between property and possession as English lawyers are familiar with. A very usual form of native title is that of a usufructuary right, which is a mere qualification of or burden on the radical or final title of the Sovereign where that exists."² Lord Haldane's encouragement to think in different categories remains valuable, even if no-one now needs to know that the chief in question was to be compensated on the footing that he had made a claim for compensation, on behalf of his community, which had usufructuary rights over the relevant land.

The usufruct and UK tax

There are a number of questions concerning the usufruct which sometimes arise in relation to UK tax. One is whether a usufruct constitutes a trust for IHT purposes. One may also ask if property subject to a usufruct is settled property for the purposes of UK capital gains tax (CGT).

For CGT purposes "settled property" is defined in the Taxation of Chargeable Gains Act 1992, s.68 by reference to a trust, as follows:

*"In this Act, unless the context otherwise requires "settled property" means any property held in trust other than property to which section 60 applies..."*³

This provision requires a practitioner to ask of property established in a non UK legal system whether it is "held in trust".

In the absence of specific statutory provisions relating to non UK systems of law, the fundamental principle to be applied has been set out by Robert Walker J, as he then was, as follows:

*"When an English tribunal has to apply the provisions of an United Kingdom taxing statute to some transaction, arrangement or entity which is governed by a foreign system of law, the tribunal must take account of the rules of that foreign system (properly proved if not admitted) in order to determine the nature and characteristics of the transaction, arrangement or entity. But having informed itself in this way, the tribunal must then apply the taxing statute as part of English law."*⁴

If this approach is taken in determining whether or not a usufruct is a

² *Amodu Tijani v The Secretary Southern Provinces* [1921] 2 AC 399 at p403.

³ TCGA 1992 s.60 deals with nominees and bare trusts. The income tax definition also refers to "any property held in trust": see the Income Tax Act 2007 s466(2).

⁴ *Memec v IRC* [1996] STC 1336 at para 1348. CA judgment at [1998] STC 754. See also *Rae (Inspector of Taxes) v Lazard Investment Co Ltd* [1963] 1 WLR 555, 573; *Garland (Inspector of Taxes) v Archer-Shee* (1920) 15 TC 693 and *R v CIR, ex parte Bishopp*, 72 TC 322.

settlement for CGT purposes then it is likely to be very clear, as HMRC says, that "[a] usufruct governed by French law would be regarded as a non-trust arrangement...".⁵

The position arising in relation to IHT is somewhat different. The legislation in question is found in IHTA 1984 s.43. Section 43(4) specifically ensures, that the definition of "settlement" includes any deed creating or reserving a proper liferent of any heritable or moveable property and provides that the property subject to the proper liferent is treated as property comprised in a settlement. The usufructs established pursuant to other legal systems, such as those of France or Germany, must be analysed by reference to the general definition of settlement in s.43(2). This states, very broadly, that a settlement includes property which is for the time being held in trust for persons in succession or for any persons subject to a contingency; held by trustees on trust to accumulate income or subject to a power to make payments out of income or is:

"(c) charged or burdened (otherwise than for full consideration in money or money's worth paid for his own use or benefit to the person making the disposition) with the payment of any annuity or other periodical payment payable for a life or any other limited or terminable period, or would be so charged or burdened if the disposition or dispositions were regulated by the law of any part of the United Kingdom; or whereby, under the law of any other country, the administration of the property is for the time being governed by the provisions equivalent in effect to those which would apply if the property were so held, charged or burdened."

Here the comparison between the UK and the non-UK law is given a statutory basis. One author has said:

"In practice, despite the differences among the rules of the various jurisdictions and arguments concerning the value of the *usufructuary's* interest, Revenue practice is to treat a *usufruct* (and its equivalent, such as the German *Nießbrauch*) as the equivalent to a life interest in a settlement..."⁶

The practical advantages of such a rule are obvious. Whether it is correct to treat a usufruct in every legal system in the same way for IHT purposes is much less clear. In any particular case the matter should be determined only in the light of detailed evidence of the legal system concerned. One would beware of treating trusts identically irrespective of the jurisdiction from which they emanate. One should equally beware of treating all usufructs similarly.

The possibility of different legal systems imposing different practical requirements in relation to usufructs has already been noted. Significant differences in the law relating to usufructs do of course arise as between different legal systems. For example, in one legal system a usufruct over immovable property may terminate on the sale of the property. In another the usufruct may continue to operate in respect to the proceeds of sale. Differences may also arise between the respective rights of the usufructuary

⁵ Capital Gains Tax Manual, CG31305. HMRC go on to say that the usufruct does not give rise to settled property "as it is broadly similar to a Scottish proper liferent."

⁶ *McCutcheon on Inheritance Tax*, 4th edition, note 10 above, para 23-60.

and the "bare owner". So far as valuation is concerned, some states will impose inheritance or gift tax on the usufruct and the bare ownership interests on an assumed actuarial basis. Other states will tax only the usufruct interest on this basis, taxing the bare ownership on a full value of the underlying assets, but with deductions or deferment for the portion attributable to the usufruct.

The usufruct, foreign tax and "re-characterisation"

It is, on occasions, possible for usufructs to be re-characterised. The re-characterisation may affect, for example, access to the benefits of a double tax convention or domestic fiscal treatment in the country in which the usufruct is created.

An example of re-characterisation is given in the French case of *Ministre de l'Economie, des Finances et de l'Industrie v Société Bank of Scotland*.⁷ A US company granted the Bank of Scotland, resident in the United Kingdom, a usufruct of non-voting preference shares in the US company's French subsidiary, Marion Merrill Dow SA. The usufruct was granted for just over 267 million Francs and gave the bank an entitlement to preference dividends of just over 270 million Francs. The bank claimed, under the double tax convention between the United Kingdom and France, repayment of withholding tax and the benefit of the *avoir fiscal* in relation to the dividends. Significantly, repayment of the *avoir fiscal* was not available under the double tax convention between the United States of America and France. The usufruct was, therefore, being employed to facilitate treaty-shopping. The *Conseil d'Etat*, ruled that the tax administration could re-characterise the usufruct as a loan by the Bank made with the objective of obtaining, abusively, the benefits of the double tax convention between the United Kingdom and France. Accordingly, the claim by the Bank to reimbursement of withholding tax and the *avoir fiscal* was rejected. The re-characterisation of the usufruct as a loan was made "*sous le contrôle du juge*"⁸ and not pursuant to the French Statute on Fiscal Procedure.

Another example of re-characterisation arose in relation to the law of VAT in the Netherlands in *Stichting Goed Wonen*.⁹ The Netherlands' VAT law permitted the tax authorities to treat the granting of a usufruct over immovable property as the leasing or letting of immovable property and so within the VAT exemptions for such leasing or letting. The ECJ held that the Sixth VAT Directive¹⁰ did not preclude the adoption of such provisions.¹¹ The Sixth VAT Directive was also held to be consistent with the Netherlands' law which,

⁷ N° 283314 Conseil d'Etat (Section du Contentieux, 3ème et 8ème Sous-Sections Réunies) of December 29 (2006) 9 ITLR 683.

⁸ See above, p690.

⁹ *Stichting Goed Wonen v Staatssecretaris van Financiën* Case C-326/99 [2001] ECR 6831.

¹⁰ Articles 13B(b) and C(a) of the Sixth VAT Directive, Council Directive 77/388/EEC of 17 May 1977 on the harmonisation of the laws of the member states relating to turnover taxes – common system of value added tax: uniform basis of assessment as amended. The Sixth VAT Directive has now been replaced by Council Directive 2006/112/EC of November 28, 2006 [2006] OJ L347/1.

¹¹ Article 11(1)(b), point 5, of the Dutch VAT Law of 1968, as amended by the Dutch law of 1995.

subject to certain conditions, treated as tangible property a right in rem giving a right of user over immovable property.

Of course, one should not confuse the re-characterisation of the usufruct by a non-UK tax system for a specific purpose with re-characterisation of the usufruct for the purposes of UK law. Nevertheless, the possibility of re-characterisation under the non-UK legal system, for some purpose or another, is something that should always be borne in mind.

Conclusions

The usufruct requires more attention from cross border practitioners than it has so far received.

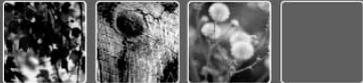
As a generalisation (and always subject to detailed consideration of the precise circumstances) in the UK:

- a Nießbrauch or Leibrente will usually not be regarded as a trust for capital gains tax
- a Nießbrauch or Leibrente may well usually be regarded as a trust for inheritance tax purposes
- if the assets are in the UK or if the donor is domiciled or deemed domiciled in the UK, an immediate UK charge will arise to 20% IHT on the full market value of all the assets (not just the value of the bare property given away)
- if the donor dies within 7 years an additional 20% IHT charge may be payable.

Thus, if there is any possibility of the donor being UK domiciled or deemed domiciled or of UK assets being involved, great care needs to be taken before any lifetime gifts other than gifts of simple interests are concerned. Anything more complex requires detailed consideration and advice. Don't risk it!

If the civilian practitioner view might be that "I cannot understand your trust"¹² perhaps it is understandable if the common law practitioner replies, "I understand your usufruct as a trust".

¹² Otto von Gierke quoted in F.W.Maitland, *State, Trust and Corporation*, Cambridge University Press, 2003, p. 53. Thanks to Dr. Daniel Lehmann for this quotation.

 1

7. Konferenz STEP Deutschland e.V.

Risiko im Handeln
Aspekte der Vermögens-, Steuer- und
Nachfolgeplanung in der Praxis

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners 

 2

Wealth Structuring in an International Context

Fiona J.P. Barones de Vos van Steenwijk
ABN AMRO Bank (Switzerland) AG

 **Delbrück Bethmann Maffei**
ABN AMRO

STEP
Society of Trust and
Estate Practitioners 

STEP Deutschland e.V.

Hinweise zur Mitgliedschaft bei STEP

Zum Aufnahmeantrag zu STEP Deutschland e.V.

Um STEP Deutschland beizutreten, füllen Sie bitte den Aufnahmeantrag auf Deutsch oder Englisch aus und senden ihn nebst Anlagen an STEP Deutschland e.V., c/o Delbrück Bethmann Maffei AG, Promenadeplatz 9, 80333 München.

Zur STEP Membership Application Form zu STEP Ltd.

Wenn Sie noch nicht zugelassenes Mitglied von STEP Ltd. sind und die Mitgliedschaft bei STEP Ltd. noch nicht beantragt haben, beachten Sie bitte die nachfolgenden Hinweise und senden Sie das auf Englisch ausgefüllte STEP Membership Application Form ebenfalls an STEP Deutschland e.V., c/o Delbrück Bethmann Maffei AG, Promenadeplatz 9, 80333 München.

1. Personal Details

Bitte tragen Sie unter Ziff. 1 Ihre persönlichen Angaben ein. Entsprechend Ihren Eintragungen werden Sie – sofern gewünscht (vgl. Nr. 9) auch im STEP Directory and Yearbook als Mitglied aufgeführt werden. Eine Eintragung wie „tax advisor, attorney at law oder trust manager“ in der Zeile „Job Title“ erleichtert es den Nutzern des Yearbook, Sie gezielt anzusprechen.

Als Mitglied können Sie Änderungen später im Internet online vornehmen. Bei „County/State/Province“ bedarf es in Deutschland keiner Eintragung.

2. Expertise and Qualification

Bitte tragen Sie ein, seit wann Sie sich schwerpunktmäßig mit Nachfolge- und/oder Trust- bzw. Stiftungsfragen befassen.

Kreuzen Sie bitte ‚Full membership‘ an, wenn Sie seit mindestens fünf Jahren in diesem Bereich tätig sind, für eine ‚Associate membership‘ sind mindestens zwei Jahre erforderlich.

3. Trust and Estate Experience /CV

Beschreiben Sie auf einem separaten Blatt die Tätigkeiten, auf die Sie sich unter Ziff. 2 bezogen haben, oder fügen Sie einen englischsprachigen Le-

benslauf bei. In der Regel genügt eine Beschreibung von ½ bis 1 Seite Länge. Es kommt darauf an, dass sich das Membership Committee in London, das mit deutschen Besonderheiten, etwa dem Arbeitsbild hiesiger Notare nicht vertraut sind, ein plastisches Bild von der Art und dem Umfang Ihrer Tätigkeit machen kann.

Die an dieser Stelle erbetenen Auskünfte sollen nicht Ihre

The Society of Trust and Estate Practitioners (STEP) Deutschland e.V.

Verschwiegenheit in Frage stellen. Es werden keine konkreten oder identifizierbaren Angaben zu einzelnen Kunden oder Mandanten erbeten, sondern eine Beschreibung Ihres bisherigen Tätigkeitsfelds insgesamt. Sollten Sie aufgrund der Besonderheiten Ihrer Mandats- oder Kundenstruktur Bedenken haben, hierzu Angaben zu machen, so füllen Sie bitte Ihre Anmeldung im Übrigen aus und sprechen Sie den geschäftsführenden Generalsekretär oder den Präsidenten von STEP Deutschland e.V. an.

Bitte beschreiben Sie nicht, welche Dienstleistungen Sie Ihren Kunden oder Mandanten anbieten *möchten*, sondern bei welchen Aufgabenstellungen Sie in den vergangenen 5 Jahren tätig geworden sind. Es kann sich auch anbieten, wenn Sie abstrakte Angaben über den Kreis Ihrer Kunden oder Mandanten machen, soweit

dies Einfluss auf die von Ihnen erbrachten Beratungsdienstleistungen hat.

Bitte fügen Sie einen – notfalls kurzen – englischsprachigen Lebenslauf bei. Die Vorlage eines Lebenslaufs wird nicht zwingend gefordert, erleichtert es dem Membership Committee jedoch außerordentlich, sich ein plastisches Bild von Ihrer Tätigkeit zu machen.

4. Qualifications and Experience

Markieren Sie in der linken Spalte (1.) bitte Ihre beruflichen Qualifikationen. Sind Sie Rechtsanwalt oder Notar, können Sie dies unter „Other“ angeben.

Bitte kreuzen Sie in der rechten Spalte (2.) die Tätigkeiten an, die Sie in Ihrer Beschreibung zu Ziff. 3 bereits angegeben haben.

5. Branch Affiliation

Bitte tragen Sie „STEP Germany, Frankfurt“ ein.

Sobald weitere Branches in Deutschland gegründet wurden, haben Sie die Möglichkeit, in eine andere deutsche Branch zu wechseln, wenn Sie dies wünschen.

6. Declaration

Wenn möglich, lassen Sie Ihre Angaben bitte von Ihrem Arbeitgeber oder einem anderen STEP Mitglied bestätigen.

Sollte dies nicht möglich sein, lassen Sie diesen Abschnitt bitte frei.

7. Annual Membership Subscription Payment

Bitte beachten Sie, dass die Bezahlung nur per Scheck oder Kreditkarte erfolgen kann. Eine Überweisung auf ein Konto von STEP Ltd. in London ist leider nicht möglich.

8. Applicant's Declaration

Bitte bestätigen Sie, dass Sie mit den STEP Statuten, die STEP als offene, gemeinnützige, berufsgruppenübergreifende Organisation definieren, die sich dem Erfahrungs- und Kenntnisaustausch unter erfahrenen Praktikern verschrieben hat, einverstanden sind. Kopien der Statuten können Sie über STEP Germany, Frankfurt erhalten.

9. Data Protection

Bitte tragen Sie ein, ob Sie Informationen von ausgewählten Dritten erhalten möchten und ob Sie wünschen, dass Ihre Kontaktdaten in die veröffentlichten Mitgliedschaftslisten von STEP aufgenommen werden.

Bitte senden Sie Ihren Mitgliedschaftsantrag an

STEP Deutschland e.V.
c/o Delbrück Bethmann Maffei AG
Promenadeplatz 9
80333 München.

**Society of Trust and Estate Practitioners (STEP)
Deutschland e.V.**

Aufnahmeantrag

Bitte füllen Sie den Antrag in Block- oder Maschinenschrift vollständig aus. Nur vollständig ausgefüllte und unterschriebene Anträge werden bearbeitet. Für Fragen zu Ihrem Aufnahmeantrag steht Ihnen das Büro der Generalsekretärin von STEP Deutschland unter der Telefon-Nr. +49 89 23699-216, Telefax +49 89 23699-219, gerne zur Verfügung. Bitte übersenden Sie den vollständig ausgefüllten und unterschriebenen Antrag an STEP Deutschland e.V., c/o Delbrück Bethmann Maffei AG Promenadeplatz 9, 80333 München. Die Bearbeitung wird etwa 8 bis 10 Wochen in Anspruch nehmen.

1. Antragsteller

Titel: _____

Nachname: _____

Vorname: _____

Geburtsdatum: _____

Geschäftsadresse:

Firma:: _____

Straße und Hausnummer: _____

PLZ und Ort: _____

Staat: _____

Telefon-Nr.: _____

Fax-Nr.: _____

Email: _____

The Society of Trust and Estate Practitioners (STEP) Deutschland e.V.

Geschäftsstelle: c/o Delbrück Bethmann Maffei AG, Promenadeplatz 9, 80333 München, Tel: +49 (0)89-23699-216, Fax: +49 (0)89-23699-219, manuela.mckensie@debema.de Vereinsregister München VR 200617 – als gemeinnützig anerkannt gem. Bescheid des Finanzamts München für Körperschaften vom 22.11.06 Vorstand: Dr. Daniel Lehmann (Präsident), Manuela McKensie (geschäftsführende Generalsekretärin) und Claudia Weissflog (Schatzmeisterin)

Deutsche Bank AG, Mannheim – Konto Nr. 0339 333 – BLZ 670 700 10 – IBAN DE87 6707 0010 0033 9333 00 – BIC/SWIFT: DEUTDESMXXX

Korrespondenzadresse,
sofern diese von der Geschäftsanschrift abweicht:

2. Angaben zur Beschäftigung

Art der Beschäftigung: _____

berufliche Qualifikation: _____

3. Mitgliedschaft

Mit vorliegendem Antrag wird die

- ordentliche Mitgliedschaft (Voraussetzung: mindestens fünf Jahre schwerpunktmäßige Tätigkeit in den nachfolgend unter 4. genannten Tätigkeitsbereichen)
- assoziierte Mitgliedschaft (Voraussetzung: mindestens zwei Jahre schwerpunktmäßige Tätigkeit in den nachfolgend unter 4. genannten Tätigkeitsbereichen)
- Studentenmitgliedschaft

beantragt.

Die Mitgliedschaft soll bei folgender Branch geführt werden:

4. Berufliche Qualifikation und praktische Erfahrungen

Bitte fügen Sie an dieser Stelle eine detaillierte Übersicht über Ihre Tätigkeit im Bereich Nachfolge- und/oder Trust- bzw. Stiftungsfragen, Vermögensverwaltung innerhalb der letzten 5 Jahre bei.

Anstelle der Übersicht kann auch ein englischsprachiger Lebenslauf beigefügt werden, der die angefragten Informationen enthält.

Sofern die Mitgliedschaft bei STEP Ltd. besteht oder beantragt wurde, genügt die Übersendung des ausgefüllten Antragsformulars nebst Anlagen.

5. Mitgliedsbeitrag

Den satzungsgemäßen Mitgliedsbeitrag* werde ich wie folgt leisten:

**derzeit wird ein Mitgliedsbeitrag nicht erhoben*

6. Erklärung des Antragstellers

Ich erkläre, dass mir die Satzung von STEP Deutschland e.V. sowie von STEP Ltd. bekannt ist und ich die dort aufgestellten Voraussetzungen für die beantragte Mitgliedschaft erfülle, insbesondere die STEP Membership Applicationform ausgefüllt und an STEP Deutschland e.V., Frau Manuela McKensie, c/o Delbrück Bethmann Maffei AG Promenadeplatz 9, 80333 München, gesendet habe.

The Society of Trust and Estate Practitioners (STEP) Deutschland e.V.
Geschäftsstelle: c/o Delbrück Bethmann Maffei AG, Promenadeplatz 9, 80333 München, Tel: +49 (0)89-23699-216, Fax: +49 (0)89-23699-219,
manuela.mckensie@debema.de Vereinsregister München VR 200617 – als gemeinnützig anerkannt gem. Bescheid des Finanzamts München für Körperschaften vom 22.11.06 Vorstand: Dr. Daniel Lehmann (Präsident), Manuela McKensie (geschäftsführende Generalsekretärin) und Claudia Weissflog (Schatzmeisterin)

Deutsche Bank AG, Mannheim – Konto Nr. 0339 333 – BLZ 670 700 10 – IBAN DE87 6707
0010 0033 9333 00 – BIC/SWIFT: DEUTDESMXXX

Ich versichere, dass alle in diesem Aufnahmeantrag gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen und mir keine Gründe bekannt sind, die der beantragten Mitgliedschaft entgegenstehen.

Demgemäß beantrage ich die Aufnahme bei STEP Deutschland e.V.

Datum, _____

(Unterschrift)

7. Referenzen

Nur vom Arbeitgeber, einem unabhängigen Berufsträger oder einem gegenwärtigen ordentlichen Mitglied von STEP Deutschland e.V. auszufüllen.

Ich habe von den im Aufnahmeantrag gemachten Angaben sowie Anlagen hierzu zur Kenntnis genommen und bestätige nach bestem Wissen und Gewissen die Korrektheit der dort gemachten Angaben.

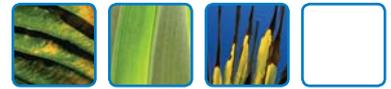
Name, Vorname: _____

STEP Mitglieds-Nr.
(sofern vorhanden): _____

Geschäftsanschrift: _____

Datum, _____

(Unterschrift)



STEP Membership Application Form

Before completing this form please read and complete the checklist below.

For office use only
Membership No.

Please complete all sections of this form before submission; the annual subscription fee and TEP registration fee must accompany this application. Incomplete forms or those without payment will not be accepted.

- Complete the form in English and type or hand write the form using black ink and block capitals.
- Please attach a cheque or include credit/debit card details for payment.

- Please attach to this form, full details of your trust and/or estate experience (500 words or more) over the last five years for full membership, or two to five years if applying for associate membership, (see section 2).
- In section 5 please ensure two separate declarations are completed. These can be signed by a current full STEP member, your employer or an independent professional.

- Please sign and date section 7.
- All membership application forms must be sent to your local branch. The branch will then forward your application to the STEP Membership Department.
- Keep a photocopy of this form and if you have not heard from the branch within four weeks, please apply directly to the STEP Membership Department.

If you have any queries regarding your application please contact your local Branch Secretary or the STEP Office on +44 (0)20 7340 0500 or email step@step.org

Your local Branch Secretary's details can be found on the STEP website at www.step.org/branches

Please allow eight to ten weeks to process your application.

1. Personal Details

Title (e.g. Mr/Mrs)*:	First Name(s)*:
Family Name*:	Date of Birth: <input type="text"/> Sex: <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> F
Job Title*:	Department*:
Firm Name:	Designation:
Business Address*:	
PO Box Number:	City/Town:
County/State/Province:	Post Code/Zip Code:
Country:	Work e-mail*:
Telephone Number (incl. area code):	Fax Number (incl. area code):
Home address (if different from above):	
City/Town:	County/State/Province:
Post Code/Zip Code:	Country:
Home email:	
Preferred mailing and email address <input type="checkbox"/> Work <input type="checkbox"/> Home	

Please provide full details (by attaching to this form) if you have been involved with any professional misconduct, criminal proceedings or regulatory sanctions.

*Indicates mandatory fields

STEP Membership Application Form

2. Experience and Qualifications

For full membership

Has your occupation over the last five years included a significant involvement at a specialist level with one or more of the following: planning, creation, management of and accounting for trusts and estates, executorship administration and related taxes?

Yes

For associate membership

Has your occupation over the last two to five years included a significant involvement at a specialist level with one or more of the following: planning, creation, management of and accounting for trusts and estates, executorship administration and related taxes?

Yes

Please state the number of years of experience you have: Years

Please attach to this form a CV/Resume detailing your trust and/or estate experience (500 words or more) over the last five years for full membership or two to five years if applying for associate membership. Applications without an attached CV/Resume will not be processed.

Please tick the box(es) to show which qualifications you have and include a copy of your signed certificate(s)

Qualified Barrister

Qualified Solicitor

Chartered Accountant

Certified Accountant

Fellow of the Institute of Legal Executives

Fellow of a Taxation Institute

Fellow of a Banking Institute

Associate of a Taxation Institute

Associate of a Banking Institute

Institute of Chartered Secretaries and Administrators

Other, please specify:
.....

3. How did you hear about STEP?

Please select one of the following or detail below:

Colleague/Employer

STEP Member

STEP Journal

STEP conference or event

Central Law Training
.....

Industry publication

Other, please specify:
.....

4. Branch Affiliation

Members of STEP must be affiliated to their local branch. Please specify which branch you wish to be affiliated to:
.....

Completed application forms must be returned to the branch you have chosen, details of branches can be found at www.step.org/branches



5. Declaration

**Please ensure two separate declarations are completed.
These can be signed by a current full STEP member, your employer or an independent professional.**

I confirm that the details given in section 2 are correct.

i Full name: STEP membership no: (if applicable):

Firm/company:

Signature: Date:

ii Full name: STEP membership no: (if applicable):

Firm/company:

Signature: Date:

6. Annual Membership Subscription Payment and TEP Registration Fee (please tick the appropriate box)

Full membership: Subscription fee + TEP Registration fee

Associate membership: Subscription fee only

Please see the [STEP Membership & Examination Fees form](#) for full details of fees payable or contact step@step.org

If you are joining either STEP Lugano Centre or STEP Lucerne/Zug Centre please do not send any payment, you will be invoiced by the local branch in CHF.

- I enclose a cheque for drawn on a British bank/bankers draft/international money order made payable to STEP.
- Foreign currency cheque: I enclose a cheque for \$/€ made payable to STEP.
- I authorise you to debit my Maestro/Visa/MasterCard/American Express (delete as appropriate) for the fee of

Name of card holder:

Credit card number:

Card expiry date: Card start date: Issue no.(Maestro only):

Date:

Payment Amount: £ Signature of cardholder:

Please send me a receipt.

Please note that incomplete applications or those without payment will not be processed

STEP Membership Application Form



7. Applicant's Declaration

I agree to be bound by the Society's Code of Professional Conduct and also the Branch Regulations issued by Council*.

I confirm that the details given in this application form are correct and that I am a fit and proper person to be admitted as a member of the Society.

Accordingly, I hereby make application to the Council of the Society to be so admitted. I authorise Council to make such enquiries concerning this application as they deem necessary. I undertake to pay such subscriptions as may be levied by Council and I understand that my acceptance as a member is conditional on this.

Signed:

Date:

*Details of the Society's Code of Professional Conduct and the Branch Regulations can be found on the STEP website

8. Data Protection

The information you provide will be used by the Society, its subsidiary companies, STEP Branches or approved agents for administrative and membership purposes or as required by law. It is impossible to run the membership scheme without sending administrative mailings (by post and/or email) to you. In addition you will receive mailings relating to membership benefits which typically consist of the STEP Journal, the STEP Membership Directory and details of conferences organised by STEP, its branches and STEP Conferences. There will often be a discount on conference delegate fees for STEP members.

From time to time STEP may pass your details to local STEP branches and other third parties, including overseas companies based outside the European Union (for example, companies based in the US and Canada) to enable them to send you information about products and services approved by STEP. The Society takes its responsibility to protect the personal details of members very seriously and only approves mailings that it believes will be relevant to your membership and where there will be a tangible benefit e.g. discounts. If you do not want to receive this kind of information from third parties, please let us know by ticking box 1 below. If you tick this box we will not share your details with third parties in this way.

The Society also produces lists of STEP members in any requested locality (e.g. by postcode) for issue to the public. This service proves particularly popular following coverage by the media. If you do not wish your contact details to appear on these lists please tick the relevant boxes below.

- I do not wish to receive mailings from third parties approved by STEP relating to beneficial products and services.
- I do not wish to have my contact details appear in the print STEP Directory & Yearbook.
- I do not wish to have my contact details appear on the 'Find a Practitioner' public area of the STEP website.

All membership application forms must initially be sent to your local branch. The branch will then forward your application to the STEP Membership Department. Your local Branch Secretary's details can be found on the STEP website at www.step.org/branches

To be completed by Branch only

For completion by Branch Chairman/Secretary (delete as appropriate)

- I confirm that this applicant has/has not (delete as appropriate) been recommended for approval at Branch level and has completed this form fully and enclosed payment.

Name:

Branch:

Signature:

Date:

**The Society of Trust and
Estate Practitioners (STEP)
Deutschland**

Satzung

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen

„The Society of Trust and Estate Practitioners (STEP) Deutschland“

(nachstehend STEP Deutschland genannt). Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach erfolgter Eintragung in das Vereinsregister erhält der Name den Zusatz „eingetragener Verein“ („e.V.“).
2. Sitz des Vereins ist München, der Vorstand kann den Ort der Geschäftsstelle hiervon abweichend festlegen.
3. Das Vereinsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.
4. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Zweck des Vereins ist die Förderung der Berufs- und der Volksbildung.
2. Der Verein ist selbstlos tätig, er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
3. Der Satzungszweck wird verwirklicht insbesondere durch:
 - a) Unterrichtung der Allgemeinheit über die Themenbereiche Testament, vorweggenommene Erbfolge, Steuern sowie Trust- und Vermögensverwaltung im Rahmen gezielter Informationsveranstaltungen und sonstiger Informationsträger;
 - b) Erweiterung des Fachwissens sämtlicher Fachleute auf den Ge-

- c) bieten der Vermögens-, Nachlass- und Trustplanung durch Einrichtung von Foren, Diskussionsgruppen, Seminaren und Konferenzen sowie durch Veröffentlichung von Artikeln in lokalen und internationalen Publikationen zu speziellen Problemen auf den Gebieten des Erbrechts, der Vermögensnachfolge, des Steuerrechts, der Vermögens- und Trustverwaltung;
- c) Nutzung des lokalen Fachwissens um zu einer breiteren Diskussion sowohl zu theoretischen als auch praktischen Aspekten der Trust- und Vermögensplanung, insbesondere zu Trust- und Planungsthemen in Deutschland, beizutragen;
- d) Organisation einer jährlichen Veranstaltung oder Konferenz sowie von lokalen Workshops.

4. Der Verein ist überregional tätig und verfolgt seine Ziele bundesweit. Er strebt die Zusammenarbeit mit gleichgelagerten Vereinigungen, insbesondere mit STEP-Organisationen weltweit an. Er kann sich in Sektionen (Branch) gliedern, vorausgesetzt die Sektion hat mindestens 25 Mitglieder.

§ 3 Mittelverwendung

1. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
2. Die Mitglieder des Vereins erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.
3. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
4. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall seines Zweckes fällt das Vereinsvermögen an eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder eine andere steuerbegünstigte Körperschaft zwecks Verwendung für die Förderung der Wissenschaft.

§ 4 Mittelaufbringung

1. Die für den Vereinszweck erforderlichen Mittel werden aufgebracht durch:
 - a) Aufnahmegebühren;
 - b) Jahresbeiträge;
 - c) Erträge aus Veranstaltungen;
 - d) Spenden;
 - e) Subventionen;
 - f) sonstige Einnahmen.
2. Bei der Aufnahme in den Verein hat das Mitglied eine Aufnahmegebühr zu entrichten. Außerdem werden von den Mitgliedern Jahresbeiträge erhoben. Aufnahmegebühr und Jahresbeitrag sind vier Wochen nach Zugang der Genehmigung des Mitgliedsantrages fällig. Auch bei unterjährigem Eintritt ist der volle Jahresbeitrag fällig.
3. Die Höhe der Aufnahmegebühren und Jahresbeiträge wird vom Vorstand des Vereins unter Beachtung der für die Steuerbegünstigung zulässigen Höchstgrenzen beschlossen und in einer Beitragsordnung festgelegt.
4. Der Vorstand ist ermächtigt, die Jahresbeiträge und Aufnahmegebühren für einzelne Mitgliedergruppen (ordentliche, Kooperations-, Förder- und Ehrenmitglieder, Studenten und andere Gremien) gesondert und abweichend voneinander festzusetzen. In geeigneten Fällen kann der Vorstand nach seinem Ermessen Beitragsfreiheit anordnen und/oder Beiträge/Gebühren ganz oder teilweise erlassen oder stunden.

§ 5 Mitgliedschaften

1. Mitglied des Vereins kann jede voll geschäftsfähige natürliche Person werden. Juristische Personen und ein nicht-rechtsfähiger Verein werden nicht als Mitglied aufgenommen. Soweit eine natürliche Person STEP Deutschland-Mitglied werden will, hat sie ein von dem Vorstand vorgegebenes Antragsformular auszufüllen, dem ein ausführlicher Lebenslauf beizufügen ist. Der Antrag ist an den geschäftsführenden Generalsek-

retär zu richten. Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet der Vorstand.

2. Nach Prüfung des Mitgliedsantrags durch den Vorstand des Vereins wird er dem Membership Committee (Mitgliedschaftsausschuss) von STEP Ltd. zur endgültigen Genehmigung vorgelegt. Eine Person wird nur dann als Mitglied durch den Vorstand aufgenommen, wenn der Antrag der Aufnahmepolitik von STEP Ltd. entspricht und durch das Membership Committee von STEP Ltd. genehmigt wurde. Im Falle einer Ablehnung des Aufnahmeantrags ist der Vorstand nicht verpflichtet, dem Antragsteller die Gründe hierfür mitzuteilen. Ein Aufnahmeanspruch besteht nicht.
3. Vorbehaltlich Ziff. 4 erfolgt die Aufnahme als Mitglied über den Weg der STEP-Qualifikationen (STEP Foundation Certificate, STEP Diploma, STEP Qualified Practitioners Route, STEP Chancery Bar Route).

Vorausgesetzt, dass eine Person die Aufnahme bei STEP Deutschland durch das Ablegen von STEP-Diplomen anstrebt und unter dem Vorbehalt, dass diese Person in Deutschland ihre Privat- oder Geschäftsanschrift hat, hat sie das Recht, von diesbezüglichen Verpflichtungen gegenüber STEP Ltd. freigestellt zu werden, wie jeweils zwischen STEP Ltd. und der entsprechenden Sektion des Vereins festgelegt.

4. Vorbehaltlich der jeweils geltenden Aufnahmeregeln des Executive Committee von STEP Ltd., sind ordentliche Mitglieder Mitglieder, die als solche vom Vorstand aufgenommen worden sind und die jeweils vom Verein festgelegten Voraussetzungen für eine ordentliche Mitgliedschaft erfüllen.
5. Ordentliche Mitglieder haben sämtliche Rechte und Vorrechte eines Mitglieds einschließlich des Stimmrechts bei sämtlichen Mitgliederversammlungen des Vereins.
6. Vorbehaltlich der jeweils geltenden Aufnahmeregeln des Executive Committee von STEP Ltd., sind assoziierte Mitglieder jene Mitglieder, die als solche auf-

- genommen worden sind und die vom Verein festgelegten Voraussetzungen für eine assoziierte Mitgliedschaft erfüllen.
7. Vorbehaltlich der jeweils geltenden Aufnahmeregeln des Executive Committee von STEP Ltd., sind Studentenmitglieder Mitglieder, die als solche beim Verein eingetragen sind und die im Bereich des Förderzwecks im Sinne von § 2 Abs. 3 lit. a) tätig sind, aber nicht für eine ordentliche oder assoziierte Mitgliedschaft qualifiziert sind.
- Nach Abschluss des Studiums muss ein Student innerhalb von sechs Monaten die ordentliche Mitgliedschaft beantragen, ansonsten verfällt die Mitgliedschaft.
8. Assoziierte Mitglieder und Studentenmitglieder haben dieselben Rechte und Vorrechte wie ordentliche Mitglieder mit Ausnahme der folgenden:
- sie sind bei Mitgliederversammlungen des Vereins nicht stimmberechtigt; und
 - sie können nicht in den Vorstand gewählt werden.
9. Ehrenmitglieder sind Mitglieder, die nach freiem Ermessen der Mitgliederversammlung ernannt wurden.
10. Nicht mehr berufstätige Mitglieder sind Mitglieder, die sich aus der regulären Berufstätigkeit zurückgezogen haben und als solche beim Vorstand eingetragen sind.
11. Bei nicht fristgerechter Zahlung des jährlichen Mitgliedsbeitrages kann das Mitglied vom Vorstand aus dem Verein ausgeschlossen werden.
- Wird ein Mitglied wegen nicht fristgerechter Zahlung des jährlichen Mitgliedsbeitrages ausgeschlossen und erfolgt eine Zahlung des Beitrages nach dem Ausschluss, kann der Vorstand mit Zustimmung des Membership Committee von STEP Ltd. ein Mitglied nach eigenem Ermessen wieder aufnehmen, soweit es auch weiterhin die jeweils vom Verein festgelegten Kriterien für eine Mitgliedschaft erfüllt.
12. Studentenmitglieder, die ihr Studium nicht in dem festgelegten Zeitraum abschließen, können vom Vorstand aus dem Verein ausgeschlossen werden.
- Studenten können ihr Studium bei Zahlung einer erneuten Aufnahmegebühr wiederaufnehmen.
13. Verfällt die Mitgliedschaft gem. Ziff. 7, kann ein Student nach Zahlung einer erneuten Aufnahmegebühr immer noch die volle Mitgliedschaft beantragen. Die Höhe dieser Gebühr wird jeweils vom Vorstand festgelegt.
14. Mitglieder, die aus einem anderen Berufsverband ausgeschlossen, durch ein Gericht verurteilt oder durch Ergebnisse einer Untersuchung einer Aufsichtsbehörde oder einer Regierung belastet sind, können durch den Vorstand von der Mitgliedschaft ausgeschlossen werden.
15. Der Vorstand hat das Recht, Mitglieder auszuschließen, soweit nach seiner Meinung ausreichende und angemessene Gründe zum Ausschluss des Mitglieds vorliegen und diese Gründe in einem beruflichen oder geschäftlichen Fehlverhalten zu sehen sind, welches dem Ansehen und Zweck dieses Vereins zuwider laufen könnte.

§ 6 Beendigung der Mitgliedschaft

- Die Mitgliedschaft endet
 - mit dem Tod;
 - durch Austritt;
 - durch Ausschluss aus dem Verein.
- Der freiwillige Austritt kann jederzeit in schriftlicher Form gegenüber dem Vorstand erfolgen.
- Der Ausschluss eines Mitglieds erfolgt durch Beschluss des Vorstandes. Er ist nur aus wichtigem Grunde zulässig. Dem Mitglied ist vor Beschlussfassung Gelegenheit zu geben, zu den Gründen für den Ausschluss schriftlich Stellung zu nehmen. § 9 Abs. 1 S. 3 gilt entsprechend. Der Ausschluss des Mitglieds wird mit der Beschlussfassung wirksam.

Der Ausschluss soll dem Mitglied durch den Vorstand unverzüglich bekannt gemacht werden.

4. Bei Beendigung der Mitgliedschaft besteht kein Anspruch auf einen Anteil am Vereinsvermögen oder auf die (ggf. zeitanteilige) Rückerstattung von Mitgliedsbeiträgen und/oder der Aufnahmegebühr.
5. Scheidet ein Vereinsmitglied aus, wird der Verein von den übrigen Mitgliedern fortgesetzt.

§ 7 Rechte und Pflichten der Vereinsmitglieder

1. Die Vereinsmitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen des Vereins teilzunehmen.
2. Die ordentlichen Vereinsmitglieder besitzen das aktive und passive Wahlrecht zu den Vereinsorganen. Sie sind auf Mitgliederversammlungen antrags- und stimmberechtigt. Jedes ordentliche Vereinsmitglied hat eine Stimme.
3. Die Vereinsmitglieder sind verpflichtet, die Interessen und Ziele des Vereins nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, was dem Ansehen und dem Zweck des Vereins zuwider laufen könnte. Sie haben die Vereinssatzung zu beachten und Beschlüsse der Vereinsorgane zu befolgen.

§ 8 Vereinsorgane

1. Organe des Vereins sind:
 - a) die Mitgliederversammlung;
 - b) der Vorstand;
 - c) der Rechnungsprüfer;
2. Die Mitgliederversammlung kann die Bildung weiterer Vereinsorgane oder Gremien beschließen.

§ 9 Mitgliederversammlung

1. Die ordentliche Mitgliederversammlung findet einmal im Jahr statt. Sie ist vom Präsidenten des Vorstandes oder in

dessen Auftrag mindestens drei Wochen vor der Sitzung durch schriftliche Benachrichtigung, durch Fax oder durch sonstige elektronische Weise aller Vereinsmitglieder unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. Maßgeblich für die Versandadresse ist die vom jeweiligen Mitglied beim Verein zuletzt mitgeteilte Anschrift. Hat der Verein mehr als fünfzig Mitglieder, kann die Benachrichtigung auch im Publikationsorgan des Vereins (§ 14.1) erfolgen.

2. Auf Beschluss der ordentlichen Mitgliederversammlung oder auf Antrag eines Mitgliedes des Vorstandes, eines Mitgliedes des Wissenschaftlichen Beirats, des Rechnungsprüfers oder eines schriftlichen Antrages von 1/10 der ordentlichen Vereinsmitglieder ist vom Präsidenten des Vorstandes oder in dessen Auftrag binnen vier Wochen eine außerordentliche Gesellschafterversammlung durch schriftliche Benachrichtigung aller Vereinsmitglieder unter Angabe der Tagesordnung einzuberufen. Kommt der Präsident des Vorstandes einem berechtigten Einberufungsverlangen nicht nach, so ist derjenige, der den Antrag gestellt hat, berechtigt, eine Mitgliederversammlung unter Angabe der Tagesordnung selbst einzuberufen. § 37 BGB bleibt hiervon unberührt.
3. Anträge für die Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung können von jedem stimmberechtigten Vereinsmitglied spätestens 14 Tage vor Beginn der Mitgliederversammlung beim Vorstand eingebracht werden. Der Präsident des Vorstandes hat, wenn der Antragssteller dies im Zeitpunkt seines Antrages ausdrücklich erklärt, die Änderungen und Ergänzungen durch schriftliche Benachrichtigung allen Vereinsmitgliedern bekannt zu machen.
4. Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Präsident des Vorstandes kann Gäste zulassen.
5. Teilnahmeberechtigt an Mitgliederversammlungen sind alle Vereinsmitglieder. Vereinsmitglieder können sich von einem anderen Vereinsmitglied oder beruflich zur Verschwiegenheit verpflichte-

ten Personen (Rechtsanwälte, Wirtschaftsprüfer usw.) vertreten lassen. Die Vertretung bedarf einer schriftlichen, dem Präsidenten des Vorstandes in der Mitgliederversammlung zu übergebenden Vollmacht. Die Mitglieder des Vorstandes können nicht bevollmächtigt werden.

6. Die Mitgliederversammlung ist unabhängig von der Zahl der erschienenen Vereinsmitglieder beschlussfähig.
7. Beschlüsse werden in der Mitgliederversammlung, soweit gesetzlich oder satzungsmäßig keine andere Mehrheit zwingend vorgeschrieben ist, mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Stimmen der ordentlichen Vereinsmitglieder gefasst. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen.
8. Beschlüsse über die Änderung der Satzung oder die Auflösung des Vereins bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.
9. Den Vorsitz in der Mitgliederversammlung führt der Präsident des Vorstandes oder im Falle seiner Verhinderung der geschäftsführende Generalsekretär. Ist auch dieser verhindert, führt das älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.
10. Über jede Mitgliederversammlung ist ein Protokoll zu erstellen, das alle wesentlichen Punkte des Ablaufes und die gefassten Beschlüsse wiedergibt. Das Protokoll ist von dem Vorsitzenden der Versammlung zu unterschreiben und den Vereinsmitgliedern innerhalb einer Frist von acht Wochen nach der Mitgliederversammlung zu übersenden. Vereinsbeschlüsse können nur binnen einer Frist von zwei Wochen ab Erhalt bzw. Bekanntgabe des Protokolls durch Klage am Sitz des Vereins angefochten werden.
11. Beschlüsse, einschließlich Wahlbeschlüssen können auch außerhalb von Mitgliederversammlungen im Wege des Umlaufverfahrens gefasst werden, wenn der Vorstand zu einer solchen Beschlussfassung und der Beschluss die nach der Satzung notwendige Zustim-

mung erhält. Widerspricht mehr als ein Drittel aller Vereinsmitglieder der Beschlussfassung im Umlaufverfahren, ist über den Beschlussgegenstand in der Mitgliederversammlung zu entscheiden.

§ 10 Aufgaben der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins. Ihre Aufgaben sind:

1. Die Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichtes, des Finanzberichtes und des Berichtes des Rechnungsprüfers.
2. Die Entlastung des Vorstandes.
3. Die Bestellung und Abberufung der Mitglieder des Vorstandes, der Mitglieder des Beirats und des Rechnungsprüfers.
4. Die Ernennung von Ehrenmitgliedern und die Beschlussfassung über außerordentliche Ehrungen.
5. Die Behandlung von Anträgen, die zur Tagesordnung eingebracht wurden.
6. Die Änderung der Satzung.
7. Die Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, einschließlich der Verfügung über das Vereinsvermögen in diesem Fall.

§ 11 Vorstand

1. Die Mitglieder des Vorstandes werden einzeln von der Mitgliederversammlung oder im Umlaufverfahren gewählt. Der Vorstand besteht aus dem Präsidenten, dem geschäftsführenden Generalsekretär und einem Kassierer und bis zu zwei weiteren Mitgliedern. Der Präsident und der geschäftsführende Generalsekretär bilden den Vorstand im Sinne des § 26 BGB. Jeder von ihnen ist einzelvertretungsberechtigt.
2. Der Vorstand wird für die Dauer von drei Jahren bestellt. Bis zu einer Neuwahl bleibt der Vorstand im Amt. Die Wie-

- derwahl der Vorstandsmitglieder mit Ausnahme des Präsidenten ist zulässig; der Präsident kann nicht für zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten gewählt werden; er kann jedoch nach einer Pause von einem Jahr wiedergewählt werden. Die Mitgliederversammlung kann den Vorstand oder einzelne Vorstandsmitglieder auch während dessen bzw. deren Amtszeit abberufen. Scheidet ein Vorstandsmitglied während der Amtszeit des Vorstandes aus, kann der Vorstand bis zur nächsten ordentlichen Mitgliederversammlung ein Ersatzmitglied wählen.
3. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins und erledigt alle Verwaltungsaufgaben, soweit sie nicht durch die Satzung oder durch Gesetz einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er beschließt insbesondere über Aufnahme und Ausschluss von Vereinsmitgliedern, die Jahresfinanzplanung und den Rechnungsabschluss sowie die der ordentlichen Mitgliederversammlung vorzulegenden Beschlussanträge bezüglich des Rechenschafts- und Finanzberichtes, der Ernennung von Ehrenmitgliedern, der Zuerkennung von außerordentlichen Ehrungen, der Änderung der Satzung sowie der Auflösung des Vereines.
 4. Der Vorstand entscheidet in seinen Sitzungen durch Beschluss mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Er ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder des Vorstandes mit einer Frist von 14 Tagen unter Angabe des Sitzungsgegenstandes schriftlich eingeladen wurden und mindestens zwei Mitglieder, darunter der Präsident, anwesend sind. Jedes Vorstandsmitglied hat eine Stimme. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Präsidenten.
 5. Vorstandssitzungen sollen mindestens einmal jährlich stattfinden. Eine Vorstandssitzung ist einzuberufen, wenn mindestens zwei Vorstandsmitglieder die Einberufung vom Präsidenten verlangen.
 6. Außerhalb von Sitzungen können Beschlüsse des Vorstandes in schriftlicher, fernmündlicher, mündlicher Form oder per Telefax oder E-Mail gefasst werden, wenn sich alle Mitglieder des Vorstands an der Beschlussfassung beteiligen und keine Einwände gegen die Art der Beschlussfassung erhoben wurden.
 7. Über jede Vorstandssitzung und jeden außerhalb einer Sitzung gefassten Beschluss ist ein Protokoll zu erstellen, das dem Vorstand in der nächsten Sitzung zur Genehmigung vorzulegen ist.
 8. Innerhalb des Vorstandes können einzelnen Mitgliedern bestimmte Angelegenheiten aus dem Aufgabebereich des Vorstandes zur Wahrnehmung und Erledigung zugewiesen werden. Im Rahmen dieser Zuweisung entscheidet das Vorstandsmitglied alleine.
 9. Im Innenverhältnis ist der geschäftsführende Generalsekretär dem Verein gegenüber – im Hinblick auf die Vertretungsregelung gemäß § 11 Abs. 1 – verpflichtet, die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung nur bei Verhinderung des Präsidenten wahrzunehmen. Gegenüber Dritten gilt, dass der Präsident bzw. der geschäftsführende Generalsekretär Verpflichtungen für den Verein nur mit der Beschränkung auf das Vereinsvermögen eingehen können. Die jeweilige Vollmacht ist insoweit beschränkt.
 10. Die Vereinsmitglieder haften bei Rechtsgeschäften, die der Vorstand im Namen des Vereins vornimmt, nur mit dem Vereinsvermögen.
 11. Soweit der Vorstand nichts Abweichendes beschließt, obliegt dem geschäftsführenden Generalsekretär die Erledigung der laufenden Angelegenheiten, die ihm vom Vorstand übertragen wurden. Er hat die anderen Vorstandsmitglieder in der Wahrnehmung ihrer Aufgabebereiche zu unterstützen.
 12. Soweit der Vorstand nichts Abweichendes beschließt, obliegt dem geschäftsführenden Generalsekretär oder einem von diesem benannten Protokollführer die Protokollierung der Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen.

13. Soweit der Vorstand nichts Abweichendes beschließt, obliegt dem Kassierer in Zusammenarbeit mit dem geschäftsführenden Generalsekretär die Finanzverwaltung des Vereines, die Mittelverwendungskontrolle und die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben, soweit diese Aufgaben nicht einem Treuhänder übertragen wurden.
14. Im Vorstand dürfen nicht mehr als zwei Personen aus der gleichen Firma oder Organisation zur gleichen Zeit sitzen.

die Satzung durch Unterschrift gebilligt hat.

3. Sollten einzelne Bestimmungen der Satzung unwirksam oder undurchführbar sein, oder dies aufgrund von Änderungen des Gesetzes oder der Rechtsprechung werden, so bleibt hiervon die Wirksamkeit der übrigen Satzungsbestandteile unberührt. Die unwirksame oder undurchführbare Regelung ist durch eine solche wirksame Regelung zu ersetzen, die dem wirtschaftlich gewollten Zweck am nächsten kommt.

§ 12 Rechnungsprüfer

1. Dem Rechnungsprüfer obliegt die Prüfung der Geschäftsführung und des Jahresabschlusses des Vereins. Über das Prüfergebnis ist der Mitgliederversammlung zu berichten. Er soll zur Entlastung des Vorstandes Stellung nehmen.
2. Der Rechnungsprüfer ist berechtigt, die Einberufung einer Mitgliederversammlung zu beantragen und in einer Mitgliederversammlung den Antrag auf Abberufung des Vorstandes zu stellen. Der Abberufungsantrag ist zu begründen.

* * * * *

§ 13 Auflösung des Vereins

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer eigens zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung mit der in § 9 Abs. 8 vorgesehenen Stimmenmehrheit beschlossen werden.
2. Soweit die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der Präsident und der geschäftsführende Generalsekretär gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend, wenn der Verein aus anderen Gründen aufgelöst wird.

§ 14 Schlussbestimmungen

1. Publikationsorgan des Vereins ist alleine der elektronische Bundesanzeiger.
2. Tag der Vereinserrichtung ist der Tag, an dem das letzte Gründungsmitglied

THE COMPANIES ACTS 1985 - 1989

**COMPANY LIMITED BY GUARANTEE
AND NOT HAVING A SHARE CAPITAL**

NEW ARTICLES OF ASSOCIATION

-of-

**THE SOCIETY OF TRUST AND ESTATE PRACTITIONERS LIMITED
(Company number 2632423)**

(adopted by Special Resolution on 22 November 2008)

PRELIMINARY

1 In these Articles if not inconsistent with the subject or context the words standing in the first column of the following table shall bear the meanings set opposite to them respectively in the second column thereof:-

WORDS	MEANINGS
Act	the Companies Acts 1985 -1989
Annual Subscription	a fee payable by Members in respect of one year's membership of the Company
Articles	these Articles of Association and the regulations of the Company from time to time in force
Associate Member	a member of the Company who has been registered by the Council as an Associate Member as set out in Article 9 and who has the rights and privileges set out in Article 15
Branch	a group of Members who come together (whether as an incorporated body or an unincorporated body) in any Region for the purpose of the furtherance of the objects of the Company as set out in the Memorandum of Association of the Company and are recognised as such by Council
Chairman	the Chairman of the Company from time to time appointed in accordance with Article 60
Company	The Society of Trust and Estate Practitioners Limited (registered company number 2632423)
Council	the Council of management for the time being of the Company

Deputy Chairmen	the Deputy Chairmen of the Company from time to time appointed in accordance with Article 60
Guidelines for Regional Committees	the guidelines adopted from time to time by the Council to regulate the Regional Committees
Honorary Member	a member of the Company who has been registered by the Council as an Honorary Member and who has been nominated in accordance with Article 11 and who has the rights and privileges as set out in Articles 16 and 17
in writing	written or produced by any substitute for writing, including references to printing, lithography, photography, xerography and other modes of representing or reproducing words and/or figures in a visible form, or partly written so produced
Judicial Member	a member of the Company who has been registered by the Council as a Judicial Member and who has been nominated in accordance with Article 12 and who has the rights and privileges as set out in Article 18
Member	unless otherwise stated and as the context admits or requires any Ordinary Member, Associate Member, Student Member, Judicial Member or Honorary Member of the Company
Membership Committee	a committee of the Council responsible for approving applications for membership of the Company, to recognise and encourage formation of Branches and to approve applications for membership of Branches
Month	calendar month
Office	the registered office of the Company
Officer	Chairman, Deputy Chairman, Treasurer or Secretary
Ordinary Member	a member of the Company who has been registered by the Council as an Ordinary Member as set out in Article 8 and who has the rights and privileges set out in Article 14
Regional Committees	the committees set up in each of the Regions in accordance with the Guidelines for Regional Committees
Regional Council Member	a member of the Council appointed by a Region
Regions	Canada and United States of America; Asia and Australasia; Caribbean; Europe and Mediterranean and Africa and Indian Ocean; Scotland and Ireland and Isle of Man; Channel Islands;

England and Wales;
and any other variation of the aforementioned or new
Regions that the Council may admit from time to time

Register	the register of Members of the Company
Retired Member	a member of the Company who has been registered by the Council as a Retired Member as set out in Article 13 and who has the rights and privileges set out in Article 19
Seal	the Common Seal of the Company
Secretary	the secretary for the time being of the Company and any person appointed by the Council from time to time to perform any of the duties of the secretary
Statutes	the Act, and every statutory modification, amendment or re-enactment thereof for the time being in force
Student Member	a member of the Company who has been registered by the Council as a Student Member as set out in Article 10 and who has the rights and privileges set out in Article 15
Treasurer	the Treasurer for the time being of the Company appointed in accordance with Article 62
Year	calendar year

Words importing the single number only shall include the plural number and vice versa.

Words importing the masculine gender only shall include the feminine gender.

Reference herein to any provision of the Statutes shall be construed as a reference to such provision as modified by any statute for the time being in force.

Save as aforesaid, any words or expressions defined in the Statutes shall, if not inconsistent with the subject or context, bear the same meaning in these Articles.

- 2 The number of Members of the Company shall be not less than 10 Ordinary Members.
- 3 The subscribers to the Memorandum of Association and such other persons as the Council shall admit to membership shall be Members of the Company. Every person who wishes to become a Member shall deliver to the Company an application for membership in such form as may be approved by the Council from time to time containing an undertaking to contribute to the assets of the Company in the event of a winding up in accordance with the Memorandum of Association. A person shall only be admitted as a Member if his application is approved by a resolution passed by a majority of not less than three-quarters of the members of the Council present at a meeting of the

Council or by the agreement of the Membership Committee to whom the Council has delegated such power.

- 4 A Member may at any time withdraw from the Company by giving at least 7 days notice to the Secretary. Membership shall not be transferable and shall cease on death.
- 5 A Member shall cease to be a Member or may be suspended as a Member in accordance with the disciplinary rules of the Company as issued from time to time by the Council.
- 6 A Member must belong to a Branch.
- 7 Members of the Company and Council shall be individuals.

QUALIFICATIONS

- 8 Subject to the admission rules adopted by the Council from time to time, Ordinary Members shall be those registered by the Council as such, who shall have satisfied such requirements as the Council shall from time to time declare.
- 9 Subject to the admission rules adopted by the Council from time to time, Associate Members shall be those registered by the Council as such, who shall have satisfied such requirements as the Council shall from time to time declare.
- 10 Subject to the admission rules adopted by the Council from time to time, Student Members shall be those registered by the Council as such who are in trust or estate practice but do not qualify for admission as an Ordinary Member or an Associate Member.
- 11 Honorary Members shall be those nominated and registered by the Council as such in its absolute discretion.
- 12 Judicial Members shall be those nominated and registered by the Council as such in its absolute discretion.
- 13 Retired Members shall be those registered by the Council as such who have retired from their occupation.

RIGHTS OF MEMBERS

- 14 Ordinary Members shall have all the rights and privileges of Members including (inter alia) the right to vote at all general meetings of the Company.
- 15 Associate Members and Student Members shall have all the rights and privileges of Ordinary Members with the following exceptions:-
 - 15.1 they will not be able to describe themselves as "Registered Trust and Estate Practitioners" or use the designatory initials "TEP";
 - 15.2 they will not be able to vote at general meetings of the Company; and

- 15.3 they will not be eligible to stand for election to the Council.
- 16 Honorary Members who are also Ordinary Members shall have all the rights and privileges of Ordinary Members, shall not be required to pay an Annual Subscription and shall be entitled to use either of the designatory initials “TEP” or “TEP(Hon)”:
- 17 Honorary Members who are not Ordinary Members shall have all the rights and privileges of Ordinary Members with the following exceptions:-
- 17.1 they will not be able to describe themselves as “Registered Trust and Estate Practitioners” or use the designatory initials TEP, but may use the designatory initials “TEP (Hon)”;
- 17.2 they will not be required to pay an Annual Subscription;
- 17.3 they will not be able to vote at general meetings of the Company;
- 17.4 they will not be eligible to stand for election to the Council; and
- 17.5 they will only be entitled to receive Company mailings at the discretion of the Council.
- 18 Judicial Members shall have all the rights and privileges of Ordinary Members with the following exceptions:-
- 18.1 they will not be able to describe themselves as “Registered Trust and Estate Practitioners” or use the designatory initials “TEP”;
- 18.2 they will not be required to pay an Annual Subscription;
- 18.3 they will not be able to vote at general meetings of the Company;
- 18.4 they will not be eligible to stand for election to the Council; and
- 18.5 they will only be entitled to received Company mailings at the discretion of the Council.
- 19 Retired Members:
- 19.1 will not be able to describe themselves as “Registered Trust and Estate Practitioners” or use the designatory initials “TEP”;
- 19.2 will not be able to vote at general meetings of the Company;
- 19.3 will only be entitled to receive Company mailings at the discretion of the Council; and
- 19.4 will not be eligible to stand for election to the Council.
- 20 The Secretary shall maintain the Register and shall enter in the Register the name and address of every Member and their type of membership for the time being and such other details as may from time to time be prescribed by law and shall remove from the Register the name of any person ceasing to be a Member in any such circumstance as aforesaid.

- 21 The Company is established for the purposes expressed in the Memorandum of Association.

GENERAL MEETINGS

- 22 The Company shall hold a general meeting in every year as its Annual General Meeting at such time and place anywhere in the World as may be determined by the Council and shall specify the meeting as such in the notices calling it, provided that every Annual General Meeting except the first shall be held not more than fifteen months after the holding of the last preceding Annual General Meeting and that so long as the Company holds its first Annual General Meeting within eighteen months after its incorporation it need not hold it in the year of its incorporation or in the following year.
- 23 General meetings including the Annual General Meeting shall be held at such time and place anywhere in the World as may be determined by the Council. All general meetings, other than Annual General Meetings, shall be called Extraordinary General Meetings.
- 24 The Council may whenever they think fit convene an Extraordinary General Meeting, and Extraordinary General Meetings shall also be convened on such requisition, or in default may be convened by such requisitions, as provided by Section 368 of the Act.
- 25 Twenty-one days notice in writing at the least of every Annual General Meeting and of every meeting convened to pass a special resolution, and fourteen days notice in writing at the least of every other general meeting (exclusive in every case both of the day on which it is served or deemed to be served and of the day for which it is given), specifying the place, the day and the hour of the meeting, and in the case of special business the general nature of that business, shall be given in manner hereinafter mentioned to such persons (including the Auditors) as are under these Articles or under the Act entitled to receive such notices from the Company but with the consent of all the Members having the right to attend and vote thereat, or of such proportion of them as is prescribed by the Act in the case of meetings other than Annual General Meetings, a meeting may be convened by such notice as those Members may think fit.
- 26 The accidental omission to give notice of a meeting to, or the non-receipt of such notice by, any person entitled to receive notice thereof shall not invalidate any resolution passed, or proceeding had, at any meeting.

PROCEEDINGS AT GENERAL MEETINGS

- 27 All business shall be deemed special that is transacted at an Extraordinary General Meeting, and all that is transacted at an Annual General Meeting shall also be deemed special, with the exception of the consideration of the income and expenditure account and balance sheet, and the reports of the Council and of the Auditors, and the fixing of the remuneration of the Auditors.
- 28 No business shall be transacted at any general meeting unless a quorum is present when the meeting proceeds to business. Save as otherwise provided 20 Ordinary Members personally present shall be a quorum.

- 29 If within half an hour from the time appointed for the holding of a general meeting a quorum is not present, the meeting, if convened on the requisition of Ordinary Members, shall be dissolved. In any other case it shall stand adjourned to the same day in the next week, at the same time and place, or at such other time and place as the Council may determine, and if at such adjourned meeting a quorum is not present within half an hour from the time appointed for holding the meeting the Ordinary Members present shall be a quorum.
- 30 The Chairman (if any) of the Company shall preside as Chairman at every general meeting, but if there be no such chairman, or if at any meeting he shall not be present within fifteen minutes after the time appointed for holding the same, or shall be unwilling to preside, the Ordinary Members present shall choose some other member of the Council or if no such member be present, or if all the members of the Council present decline to take the chair, they shall choose some Ordinary Member of the Company who shall be present to preside.
- 31 The Chairman may, with the consent of any meeting at which a quorum is present (and shall if so directed by the meeting) adjourn the meeting from time to time, and from place to place, but no business shall be transacted at any adjourned meeting other than business which might have been transacted at the meeting from which the adjournment took place. Whenever a meeting is adjourned for thirty days or more, notice of the adjourned meeting shall be given in the same manner as of any original meeting. Save as aforesaid, the Members shall not be entitled to any notice of an adjournment, or of the business to be transacted at an adjourned meeting.
- 32 At any general meeting a resolution put to the vote of the meeting shall be decided on a show of hands, unless a poll is, before or upon the declaration of the result of the show of hands, demanded by the Chairman or by at least two Ordinary Members present in person or by proxy, or by an Ordinary Member or Ordinary Members present in person or by proxy and representing one-tenth of the total voting rights of all Ordinary Members having the right to vote at the meeting, and unless a poll be so demanded a declaration by the Chairman of the meeting that a resolution has been carried, or carried unanimously or by a particular majority, or lost, or not carried by a particular majority, and an entry to that effect in the minute book of the Company shall be conclusive evidence of the fact without proof of the number or proportion of the votes recorded in favour of or against that resolution. The demand for a poll may be withdrawn.
- 33 Subject to the provisions of these Articles, if a poll be demanded in manner aforesaid, it shall be taken at such time and place, and in such manner, as the Chairman of the meeting shall direct, and the result of the poll shall be deemed to be the resolution of the meeting at which the poll was demanded.
- 34 No poll shall be demanded on the election of a Chairman of a meeting, or on any question of adjournment.
- 35 In the case of an equality of votes, whether on a show of hands or on a poll, the Chairman of the meeting shall be entitled to a second or casting vote.

36 The demand of a poll shall not prevent the continuance of a meeting for the transaction of any business other than the question on which a poll has been demanded.

VOTES OF MEMBERS

37 Subject as hereinafter provided, every Ordinary Member present in person or by proxy shall have one vote.

38 An Ordinary Member shall have the right to appoint another person as his proxy to attend and vote at a meeting of the Company instead of him.

39 The instrument appointing a proxy shall be in writing under the hand of the appointor or his attorney duly authorised in writing.

40 The instrument appointing a proxy and the power of attorney or other authority (if any) under which it is signed or a copy certified under the Powers of Attorney Act 1971 or office copy thereof shall be deposited at the Office not less than forty-eight hours before the time appointed for holding the meeting or adjourned meeting at which the person named in the instrument proposes to vote, or in the case of a poll not less than twenty-four hours before the time appointed for the taking of the poll, and in default the instrument of proxy shall not be treated as valid. No instrument appointing a proxy shall be valid after the expiration of twelve months from the date of its execution.

41 A vote given in accordance with the terms of an instrument of proxy shall be valid notwithstanding the previous death or insanity of the principal or revocation of the proxy or the authority under which the proxy was executed, provided that no intimation in writing of the death, insanity or revocation as aforesaid shall have been received at the Office before the commencement of the meeting or adjourned meeting at which the proxy is used.

42 The instrument appointing a proxy shall be in the common form or in such other form as the Council may accept and shall unless otherwise stated be valid both for the meeting to which it relates and at any adjournment thereof. The instrument appointing a proxy shall be deemed to confer authority to demand or join in demanding a poll.

THE COUNCIL

43 The interests and affairs of the Company shall be managed by the Council. The number of the Council members shall be not less than 9 nor more than 21 or such other maximum as the Council shall from time to time determine.

44 Up to a total of 19 Ordinary Members or such other number as the Council shall from time to time determine shall be appointed to the Council by the Regions in accordance with the following Articles 45 to 48.

45 The number of Regional Council Members each Region may appoint to the Council shall be determined by the Council from time to time but must be reviewed by the Council every three years commencing from 18 November 2006. In so determining the Council shall take into account the number of Members within each Region as at the close of the preceding financial year, the geographical size of each Region, its different legal and political

jurisdictions and cultures and languages. .

46 The election of Regional Council Members within each Region shall be conducted in such a manner as each respective Regional Committee shall determine provided that such arrangements have been previously approved by the Council.

47 All Regional Council Members shall be expected to attend, wherever feasible, all meeting of the Council. Where a Regional Council Members is unable to attend an alternate nominated by the Regional Committee for the applicable Region shall be entitled to attend pursuant to Article 63. .

48 *[Article deleted]*

49 The Council may from time to time at their discretion appoint up to 2 persons ("Co-optees") as Council members. Such Co-optees:

49.1 must be Ordinary Members;

49.2 shall have voting rights.

Each Co-optee shall be appointed until the next Annual General Meeting following their appointment or such shorter period as the Council may determine and shall be eligible for re-appointment. The Council may remove any Co-optees so appointed as they see fit.

50 In addition to any Co-optee or Co-optees appointed under Article 49, the Council may from time to time and at any time appoint a new Council member either to fill a casual vacancy or by way of addition to the Council provided any prescribed maximum be not thereby exceeded. Any member so appointed shall retain his office only until the next Annual General Meeting, but he shall then be eligible for re-election. Any casual vacancy shall be filled by an Ordinary Member, where practicable, nominated by the Regional Committee from the Region where the vacancy has arisen.

POWERS OF THE COUNCIL

51 Subject to the provisions of these Articles and any statutes in force from time to time, the Council may exercise all powers of the Company on behalf of the Company which are not reserved to a general meeting of the Members.

52 The Council may in its absolute discretion levy an Annual Subscription on all or any specific group of Members payable on a date specified in writing to each Member and the Council may further specify a reduced Annual Subscription or particular Annual Subscription for any one or more specific groups of Members.

53 The Council may from time to time issue, amend and repeal such regulations, rules and codes of conduct, which shall be binding on all Members, as they shall think fit.

54 The Council may in its absolute discretion issue, amend and repeal any regulations of the Company which apply to a Branch only and not to the Company as a whole.

- 55 The Council may exercise all the powers of the Company to borrow from time to time for the purposes of the Company such sums as they think fit and may secure the repayment of any such sums by mortgage or charge upon all or any of the property or assets of the Company or otherwise as they may think fit.
- 56 All acts bona fide done by any meeting of the Council or any committee of the Council or Regional Committee or by any person acting as a member of the Council, shall, notwithstanding it be afterwards discovered that there was some defect in the appointment or continuance in office of any such member or person acting as aforesaid, or that they or any of them were disqualified, be as valid as if every such person had been duly appointed or had duly continued in office and was qualified to be member of the Council or committee or Regional Committee.
- 57 The members for the time being of the Council may act notwithstanding any vacancies in their number; provided always that in the event that the members of the Council shall at any time be or be reduced in number to less than any prescribed minimum number fixed as the quorum, it shall be lawful for them, him or her to act as the Council for the purpose of filling up vacancies in their body, but not for any other purpose. If at any time there shall be no member or members of the Council but there shall be an Ordinary Member or Ordinary Members of the Company such Ordinary Member or Ordinary Members of the Company or a majority of them may act to fill a vacancy as aforesaid.

PROCEEDINGS OF THE COUNCIL

- 58 The Council may meet together for the dispatch of business, adjourn and otherwise regulate their meetings as they think fit. 9 (or such greater number as the Council shall from time to time determine) shall be a quorum necessary for the transaction of business. Questions arising at any meeting shall be decided by a majority of votes. In any case of an equality of votes the Chairman shall have a second or casting vote.
- 59 Any 4 members of the Council together may, and on the request of such members of the Council the Secretary shall, at any time, summon a meeting of the Council by notice served upon the members of the Council.
- 60 The members of the Council shall from time to time elect from their number a Chairman and up to three Deputy Chairmen of the Council who shall be the Chairman and Deputy Chairmen of the Company. The Chairman and Deputy Chairmen shall be elected for a term commencing on the date of their election and expiring on the date of the next Annual General Meeting following their election ("the Term"). The Council may re-elect the Chairman for one further Term only so that the Chairman may remain in office for a period not exceeding two years. The Council may re-elect each Deputy Chairman for up to three Terms only so that a Deputy Chairman may remain in office for a period not exceeding four years.
- 61 The Chairman shall be entitled to preside at all meetings of the Council at which he shall be present, but if at any meeting the Chairman be not present within five minutes after the time appointed for holding the meeting and willing to preside, unless otherwise agreed, the Deputy Chairman (where there is more than one Deputy Chairmen present such one of the Deputy Chairmen

as shall be decided by a show of hands of those present) shall be chairman of the meeting. If neither the Chairman nor any Deputy Chairmen are present within five minutes after the time appointed for holding the meeting, the members of the Council present shall choose one of their number to be chairman of the meeting.

- 62 The members of the Council shall from time to time elect a member of the Council as Treasurer to carry out the duties of treasurer to the Company.
- 63 Each Regional Committee may appoint an Ordinary Member (who is not required to be a Council member or Regional Committee Member) who is willing to act, to be an alternate Council member to act and vote on behalf of each Regional Council Member of a Region at a specified meeting of the Council if that Regional Council Member is unable to attend, provided that such appointment has been notified to the Chairman at least 48 hours prior to the meeting of the Council in question or such shorter period as the Chairman may determine having regard to the circumstances and in his absolute discretion. The Council may also appoint an Ordinary Member (who is not required to be a Council member or Regional Committee Member) who is willing to act, to be an alternate Co-optee to act and vote on behalf of a Co-optee, if he or she is unable to attend a specified meeting.
- 64 A meeting of the Council at which a quorum is present shall be competent to exercise all the authorities, powers and discretions by or under the regulations of the Company, for the time being vested in the Council generally.
- 65 The Council may delegate any of their powers to committees consisting of such member or members of the Council as they think fit, and any committee so formed shall, in the exercise of the powers so delegated, conform to any regulations (including standing orders adopted by the Council) imposed on it by the Council and if authorised by the Council may co-opt an additional person or persons to such a committee who need not be members of the Council. The meetings and proceedings of any such committee shall be governed by such regulations (including standing orders adopted by the Council in respect of any such committee) and conditions as the Council may impose. All acts and proceedings of any such committee shall be reported to the Council as soon as possible.
- 66 The Council may delegate any of their powers to Regional Committees as they see fit. The members of such Regional Committees do not have to be members of the Council but must be Members. Any Regional Committee shall comply with the Guidelines for Regional Committees and conform to any regulations imposed on it by the Council. The meetings and proceedings of any such Regional Committee shall be governed by the provisions of the Guidelines for Regional Committees and these Articles for regulating the meetings and proceedings of the Council so far as applicable and so far as the same shall not be superseded by any regulations made by the Council. All acts and proceedings of any such committee shall be reported to the Council as soon as possible.
- 67 The Council shall cause proper minutes to be made of all appointments of Officers made by the Council and of the proceedings of all meetings of the Council and of committees of the Council or Regional Committees, and all business transacted at such meetings, and any such minutes of any meeting,

if purporting to be signed by the Chairman of such meeting, or by the Chairman of the next succeeding meeting, shall be sufficient evidence without any further evidence of the facts therein stated.

68 A resolution in writing signed by all the members for the time being of the Council or of any committee of the Council or Regional Committee who are entitled to receive notice of a meeting of the Council or of such committee or Regional Committee shall be as valid and effectual as if it had been passed at a meeting of the Council or of such committee or Regional Committee duly convened and constituted.

69 Any member of the Council, Co-optee or their alternate may validly participate in a meeting of the Council or a committee of the Council through the medium of conference telephone or other form of communication equipment, provided that all persons participating in the meeting are able to hear and speak to each other throughout such meeting. A person so participating shall be deemed to be present in person at the meeting and shall accordingly be counted in a quorum and be entitled to vote. Such a meeting shall be deemed to take place where the largest group of those participating is assembled or, if there is no group which is larger than any other group, where the Chairman of the meeting then is.

70 Subject to the provisions of the Acts, and provided that he has disclosed to the Council the nature and extent of any material interests of his, a Council Member notwithstanding his office:-

70.1 may be a party to, or otherwise interested in, any transaction or arrangement with the Company or in which the Company is otherwise interested;

70.2 may be a director, member or other officer of or employed by, or a party to any transaction or arrangement with, or otherwise interested in, any body corporate promoted by the Company or in which the Company is otherwise interested; and

70.3 shall not, by reason of his office, be accountable to the Company for any benefit which he derives from any such office or employment or from any such transaction or arrangement or from any interest in any such body corporate and no such transaction or arrangement shall be liable to be avoided on the ground of any such interest or benefit.

ROTATION OF MEMBERS OF THE COUNCIL

71 At the Annual General Meeting to be held in every subsequent year commencing 2005, one-third of the members of the Council for the time being, or if their number is not a multiple of three then the number nearest to one-third, shall retire from office.

72 The Members of the Council to retire shall be those who have been longest in office since the date of their appointment. As between members of equal seniority, the members to retire shall in the absence of agreement be selected from among them by lot, save that no more than one third of the Regional Council Members appointed by a Region shall be required to retire at any one time. A retiring member of the Council shall be eligible for re-appointment save that no member may serve for more than nine continuous years from 29

November 2003 or any subsequent date. After ceasing to be a member of the Council for a year he shall then be eligible for re-appointment for a further period not exceeding 6 years.

- 73 In addition and without prejudice to the provisions of section 303 of the Act and Articles 74 and 75, the Company may by at least 75% of the Members passing a resolution, remove any member of the Council before the expiration of his period of office, and may by an Ordinary Resolution appoint another Council member in his stead; but any person so appointed shall retain his office so long only as the member in whose place he is appointed would have held the same if he had not been removed.

DISQUALIFICATION OF MEMBERS OF THE COUNCIL

- 74 The office of a member of the Council shall be vacated:-
- 74.1 if a receiving order is made against him or he makes any arrangements or composition with his creditors;
 - 74.2 if he becomes of unsound mind;
 - 74.3 if by notice in writing to the Company he resigns his office;
 - 74.4 if he ceases to hold office by reason of any order made under the Company Director's Disqualification Act 1986;
 - 74.5 if he is removed from office by a resolution duly passed pursuant to sections 303 and 304 of the Act; and
 - 74.6 if he ceases for whatever reason to be a Member.
- 75 If the Council receives a recommendation from a Regional Committee requesting that the Council removes one of the Regional Council members for that Region, the Council may remove that Regional Committee Member and appoint an Ordinary Member nominated by that Regional Committee (who is not required to be a Council member or Regional Committee Member) who is willing to act, to be a Council member for the remainder of the term of the Regional Council Member so removed.

FOUNDER, PRESIDENT AND VICE PRESIDENTS

- 76 In recognition of the excellent and invaluable work undertaken by George Dennis Tasker as the founder and first Chairman of the Company, George Dennis Tasker shall be appointed as the Founder for life.
- 77 The Council may, from time to time, elect a President and one or more Vice-Presidents of the Company who shall serve for a period of five years from the date of appointment or such other period and with such duties, rights or privileges as the Council in their discretion may determine. The Council may also at any time at its absolute discretion remove a President and/or one or more Vice-Presidents appointed by it.
- 78 The office of President and Vice-President shall be honorary and the President and Vice-President need not be Council members but shall, if not

Council members, be entitled to receive notice of and attend and speak, but not to vote, at all meetings of the Council.

SECRETARY

- 79 The Secretary shall be appointed by the Council for such time as they may think fit, and any Secretary so appointed may be removed by them. The provisions of sections 283(1)-(3) and 284 of the Act shall apply and be observed. The Council may from time to time by resolution appoint an assistant or deputy secretary, and any person so appointed may act in place of the Secretary if there be no secretary or no secretary capable of acting.

THE SEAL

- 80 The Seal of the Company shall not be affixed to any instrument except by the authority of a resolution of the Council, and in the presence of at least two members of the Council or one member of the Council and the Secretary. The said members or member and Secretary shall sign every instrument to which the Seal shall be so affixed in their presence, and in favour of any purchaser or person bona fide dealing with the Company such signatures shall be conclusive evidence of the fact that the Seal has been properly affixed.
- 81 The Company shall not be required to keep and use the Seal and the Council may exercise all the powers of the Company to execute and deliver, under the signatures of at least two members of the Council or one member of the Council and the Secretary, any document as a deed.

ACCOUNTS

- 82 The Council shall cause proper books of account to be kept with respect to:-
- 82.1 all sums of money received and expended by the Company and the matters in respect of which such receipts and expenditure take place;
 - 82.2 all sales and purchases of goods and services by the Company; and
 - 82.3 the assets and liabilities of the Company.

Proper books shall not be deemed to be kept if there are not kept such books of account as are necessary to give a true and fair view of the state of the affairs of the Company and to explain its transactions.

- 83 The books of account shall be kept at the Office, or, subject to sections 221 & 222 of the Act at such other place or places as the Council shall think fit, and shall always be open to the inspection of the members of the Council.
- 84 The Council shall from time to time determine whether and to what extent and to what times and places and under what conditions or regulations the accounts and books of the Company or any of them shall be open to the inspection of Members not being members of the Council, and no member (not being a member of the Council) shall have any right of inspecting any account or book or document of the Company except as conferred by statute or authorised by the Council or by the Company in general meeting.

85 At the Annual General Meeting in every year the Council shall lay before the Company a proper income and expenditure account for the period since the last preceding account (or in the case of the first account since the incorporating of the Company) made up to a date not more than ten months before such meeting together with a proper balance sheet made up as at the same date. Every such balance sheet shall be accompanied by proper reports of the Council and the Auditors, and copies of such account, balance sheet and reports (all of which shall be framed in accordance with any statutory requirements for the time being in force) and of any other documents required by law to be annexed or attached thereto or to accompany the same shall not less than twenty-one clear days before the date of the meeting, subject nevertheless to the provisions of the Act, be sent to the Auditors and to all other persons entitled to receive notices of general meetings in the manner in which notices are hereinafter directed to be served. The Auditors' report shall be open to inspection and be read before the meeting as required by the Act.

AUDIT

86 Once at least in every year the accounts of the Company shall be audited by one or more qualified auditor or auditors who shall report as to whether or not the income and expenditure account and balance sheet in his/their opinion gives a true and fair view of the state of affairs of the Company.

87 Auditors shall be appointed and their duties regulated in accordance with sections 235, 236, 237, 241 and Part XI Chapter V of the Act, the members of the Council being treated as the directors mentioned in those sections.

NOTICES

88 A notice may be served by the Company upon any Member, either personally or by sending it through the post in a prepaid letter, addressed to such Member at his registered address as appearing in the Register or sent by way of electronic communication to such address as a Member may in writing notify the Company for the purpose of serving notice.

89 Any notice, if served by post, shall be deemed to have been served on the seventh day following that on which the letter containing the same is put into the post, and in proving such service it shall be sufficient to prove that the letter containing the notice was properly addressed and put into the post office as a prepaid letter.

INDEMNITY

90 Subject to section 310 of the Act, every member of the Council or other officer of the Company shall be indemnified out of the assets of the Company against all losses or liabilities incurred by him in the execution of his duties or in relation to them, including any liability incurred by him in defending any proceedings (whether civil or criminal) in which judgment is given in his favour or he is acquitted or in connection with any application under section 144(3) or (4) or section 727 of the Act in which relief is granted to him by the Court, and no member of the Council or officer shall be liable for any loss, damage or misfortune which may happen to or be incurred by the Company in the execution of his duties or in relation to them. The indemnity shall not extend to or be given in respect of any liabilities or losses incurred by a member of

the Council or officer in the unsuccessful defence of criminal proceedings or to fines imposed by criminal proceedings or regulatory bodies.

- 91 The Company may at its absolute discretion and on such terms as the Council shall determine pay some or all of a Council member's or officer's defence costs as they are incurred in any civil or criminal proceedings, even if such action is brought by the Company itself (provided such costs have been reasonably incurred with the agreement of the Council). In cases where the Company has paid a Council member's or officer's unsuccessful defence costs as they have been incurred these shall be immediately repaid to the Company on written demand by it by the Council member or officer.
- 92 Pursuant to section 310(3) of the Act the Council may purchase and maintain insurance at the expense of the Company for the benefit of any person who is or was at any time a member of the Council or officer or officer of a Branch against any liability which may attach to him or loss or expenditure which he may incur in relation to anything done or alleged to have been done or omitted to be done as a Council member and/or officer and/or officer of a Branch.

DISSOLUTION

- 93 The provisions of the Memorandum of Association relating to the winding up and dissolution of the Company shall have effect as if they were repeated in these Articles.

RULES OR BYE LAWS

- 94 The Council may from time to time make such rules (including standing orders adopted by the Council) or bye-laws as they may deem necessary or expedient or convenient for the proper conduct and management of the Company, Branches and Regional Committees and for the purposes of prescribing classes of and conditions of membership, and in particular but without prejudice to the generality of the foregoing, it may by such rules or bye-laws regulate:-
- 94.1 the admission and classification of members of the Company, and the rights and privileges of such Members, and the conditions of membership and the terms on which Members may resign or have their membership terminated and the entrance fees, subscriptions and other fees or payment to be made by Members;
- 94.2 the conduct of Members of the Company in relation to one another;
- 94.3 and, generally, all such matters as are commonly the subject matter of such rules; provided, nevertheless, that no rule or bye-law shall be inconsistent with, or shall affect or repeal anything contained in the Memorandum of Association of the Company or these Articles.
- 95 The Company shall have power to alter or repeal the rules or bye-laws referred to in Article 94 and to make additions thereto. The Council shall adopt such means as they deem sufficient to bring to the notice of members all such rules or bye-laws made pursuant to Article 94 which, so long as they shall be in force, shall be binding on all Members.